

Herausgeberin/Redaktion
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Postfach 6136
3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail info@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate
TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck
NZZ Print
Postfach
8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

26. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt



Bilaterale II
Bedeutet «Schengen» das Ende des Föderalismus?

3



Reformen statt Quacksalberei!
Der FDP-Generalsekretär regt an zu echten Reformen im Gesundheitswesen.

5

Liberale Landsgemeinde
Schlusstexte und Bilder aus Stans.

12-14

Geschäftsleitung
Die neue FDP-Führungscrow: Alle 27 Köpfe im Bild!

15

Anzeige

Ihr Weg zum Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

Binder
rechtsanwälte

Einschränken oder abschaffen

Sinn und Unsinn des Verbandsbeschwerderechts

Im vergangenen Sommer war der Rechtsstreit zwischen dem Verkehrsclub der Schweiz (VCS) und der Bauherrschaft eines neuen Fussballstadions in Zürich grosses Medienthema. Dadurch wurde die seit längerem schwelende Diskussion über die Daseinsberechtigung des Verbandsbeschwerderechts neu lanciert. Nationalrat Georges Theiler gehört zu den Kritikern des Verbandsbeschwerderechts. Durch dieses Rechtsmittel würden Hunderte Millionen an Investitionen blockiert, und das entstehende Klima sei für den Wirtschaftsraum Schweiz hemmend. Er plädiert deshalb für die massive Einschränkung oder gar Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts.

Von Nationalrat
Georges Theiler, Luzern

In der Sommersession hat der Nationalrat einstimmig eine Erklärung zur Fussball-Europameisterschaft 2008 abgegeben und deren Bedeutung für die Schweiz unterstrichen. Der Nationalrat sah sich zu diesem Schritt genötigt, weil der Bau eines neuen Fussballstadions in Zürich durch Einsprachen des Verkehrsclubs der Schweiz (VCS) und der Anwohner verzögert und vielleicht sogar verhindert wird. Damit wäre auch die Durchführung der EM 2008 in der Schweiz gefährdet. Die Einsprachen gegen den Bau des neuen Stadions in Zürich führen uns erneut die Problematik

des Verbandsbeschwerderechts deutlich vor Augen. Vor 20 Jahren stimmte das Parlament dem Beschwerderecht der Umweltverbände im Umweltschutzgesetz (USG) zu. Die bezeichneten Verbände erhielten damit eine para-behördliche Sonderstellung, die ihnen erlaubt, in Bewilligungsverfahren für grössere Bauprojekte einzugreifen. In den letzten Jahren hat sich dieses ursprünglich sinnvolle Instrument zu einem Hemmschuh für die Schweizer Wirtschaft entwickelt. Umweltverbände missbrauchen ihre Macht, um Bauprojekte jahrelang zu verzögern oder zu verhindern. Investoren werden mit unsinnigen Auflagen entmutigt oder gar erpresst. Sie



Georges Theiler

zahlen den Verbänden grosse Summen, damit diese ihre Einsprachen zurückziehen.

Schlechtes Investitionsklima

Durch Einsprachen werden in der Schweiz derzeit nachweislich Investitionen von Hunderten Millionen Franken blockiert. Die volkswirtschaftlichen Kosten von Projektverzögerungen und -verhinderungen gehen zudem oft weit

über die zusätzlichen Planungs- und Projektierungskosten hinaus. Hinzu kommen die nie aufscheinenden «Entmutigungskosten». Das Störpotenzial des Verbandsbeschwerderechts erzeugt für grosse Investitionen im Wirtschaftsraum Schweiz ein abschreckendes Klima, sodass international orientierte Projektentwickler oft auf andere Standorte aus-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

weichen. Die Vorgänge rund um den Stadionbau in Zürich sind nur die Spitze des Eisbergs. Man könnte an dieser Stelle noch Dutzende solcher Fälle anführen. Deshalb ist es nötig, das Verbandsbeschwerderecht zu beschneiden oder, falls auch diese Regelungen von den Umweltverbänden wieder unterlaufen werden, ganz abzuschaffen. Die FDP fordert eine Rückführung des Verbandsbeschwerderechts auf seinen ursprünglichen Zweck:

- Die Beschwerdelegitimation muss breiter abgestützt sein.
- Missbräuche wie Privatbussen oder Freikäufe sind zu verbieten.
- Die aufschiebende Wirkung von Verbandsbeschwerden soll relativiert werden.
- Die Verbände müssen an den Verfahrenskosten beteiligt werden.

Wachsende UVP- und Beschwerdeindustrie

Dabei geht es nicht um mehr Wirtschaft und weniger Ökologie, wie immer wieder behauptet wird, sondern um eine Verwesentlichung des Beschwerderechts der Verbände, wie sie auch der Zürcher Ständerat Hans Hofmann mit einer parlamentarischen Initiative anstrebt. Er verlangt unter anderem, dass die Kriterien, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) auslösen, enger gefasst werden. Dieser Forderung kann ich mich vorbehaltlos anschliessen. Ich bezweifle jedoch ihre Wirkung. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, dass die wachsende UVP- und Be-

schwerdeindustrie neue Wege finden wird, um sich den geänderten Verhältnissen anzupassen; sie wird sicher genügend Ansätze für neue Interventionen entsprechend konstruieren. Dann wären wir wieder gleich weit wie heute. Dann könnten wieder kleine Cliquen von zwei, drei Personen Investitionsvorhaben in Millionenhöhe verhindern. Personen, wohlge-merkt, die bloss durch Verbände ernannt worden sind und sonst keine Legitimation aufweisen. Dann würden wieder irgendwelche öko-fundamentalistische Grüppchen Volkentscheide ausser Kraft setzen, wie dies derzeit in Zürich der Fall ist, wo mehr als 60 Prozent der Stimmberechtigten dem Stadionneubau zugestimmt haben.

Umweltverbände unterlaufen demokratische Entscheide

Die Umweltverbände haben in den letzten Jahren in einem schleichenden Prozess in das Schweizer Staatsgefüge eingegriffen. Wenn Verbände in der schweizerischen Demokratie quasi letztinstanzlich Entscheide von gewählten Behörden unterlaufen und gar demokratisch an der Urne gefällte Beschlüsse ausser Kraft setzen können, stehen fundamentale demokratische Werte auf dem Spiel.

Deshalb plädiere ich für eine massive Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts. Wenn die Missbräuche damit jedoch nicht verhindert werden können, werde ich mich für die vollständige Abschaffung einsetzen. ■

Sicher unterwegs

Seit 1. April müssen Autofahrer, die in Italien unterwegs sind, in ihrem Fahrzeug eine leuchtende Signaljacke mitführen. Diese muss beim Verlassen des Autos im Falle einer Panne getragen werden. In Spanien gilt die gleiche Regel

seit 24. Juli. Es ist absehbar, dass weitere EU-Staaten diese Regelung ebenfalls einführen werden.

Wer beispielsweise mit dem Auto nach Italien fährt, wird am Zoll gefragt, ob eine Sicherheitsweste mitgeführt werde. Ist dies

nicht der Fall, muss an Ort und Stelle eine solche Weste für 38 Euro gekauft werden.

Mit der neuen FDP-Sicherheitsweste sind Sie also auch im Ausland bestens ausgerüstet. FDP – mit Sicherheit!



Praktikantin Vanessa Rügger macht's vor!

Bestellung (Sicherheitswesten)

_____ Sicherheitsweste Fr. 15.–

NamelVorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

FDP Schweiz, Werbematerial, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00 Siehe auch unter www.fdp.ch – Shop

Kantone sollen bei Bilateralen mitreden

Der Föderalismus kann «Schengen» innerstaatlich abstützen

Die Verträge «Schengen/Dublin» sind der aktuelle Test für den schweizerischen Föderalismus. Er kann ihn bestehen, wenn wir – gleichzeitig mit der Genehmigung dieser Verträge – den Föderalismus anpassen.

Von Ständerat Thomas Pfisterer, Aarau

Föderalismus als Europapolitik

«Schengen/Dublin» betreffen die Kantone. Sie sind daran interessiert, mit der Polizei-, Justiz- und Asylzusammenarbeit Sicherheit zu gewinnen. Diese ist nicht mehr rein kantonal zu haben. Freilich binden diese Verträge kantonale Aufgaben ein, so die Polizei, die Rechtshilfe und den Vollzug des Asylrechts: 1. haben die Kantone die fraglichen EU/EG – Regeln wie Bundesgesetze umzusetzen, dies zu finanzieren und vereinzelt ihr eigenes Recht anzupassen (z. B. zum Datenschutz). 2.: Soweit die EU diese Vorschriften weiterentwickelt, kann der Bund – unter Mitwirkung der Kantone – mit der Union über die Ausgestaltung verhandeln und möglichst einen Konsens suchen; das ist zentral. 3. muss die Schweiz letztlich wählen, ob sie die Neuerungen übernehmen oder die Verträge dahinfallen lassen will. Die EU hat der Schweiz zugesagt, wenn die Prinzipien von



Thomas Pfisterer

Neutralität, direkter Demokratie und Föderalismus betroffen sind, besonders entgegengzukommen. Trotzdem verhindert der Föderalismus «Schengen» nicht. Im Gegenteil, der Föderalismus ergänzt sinnvoll: Er mildert die Nachteile von «Schengen/Dublin» und nutzt deren Vorteile. Der Föderalismus bremst Übertreibungen, unnötigen Zentralismus und Übermacht, fördert aber ebenso effiziente Aufgabenerfüllung, mehr Demokratie und letztlich mehr Freiheit. Ja, ohne Föderalismus verlöre die Schweiz in der Europapolitik an innerer Rechtfertigung und Zusammenhalt. Die Kantone ermöglichen es in vielen Beziehungen überhaupt erst, die internationalen Verpflichtungen umzusetzen und die (kantonale) Demokratie auch hier zu entfalten. Der Föderalismus hilft, «Schengen» in-

nerstaatlich abzustützen, zu stabilisieren und freiheitlich zu legitimieren.

Gleichzeitige Föderalismusreformen

Solche Ergänzung setzt voraus, dass der Föderalismus immer wieder zeitgemäss angepasst wird. So sind die Kantone in den letzten 15 Jahren in eine aussenpolitische Rolle hineingewachsen. Heute wirken sie an der Aussenpolitik mit. «Schengen/Dublin» bedingen weitere föderalistische Reformschritte. Sie müssen gleichzeitig mit der Genehmigung der «Bilateralen II» zumindest im Grundsatz festgelegt werden. Nachträglich haben Reformen geringe Chancen. Mit diesem Vorgehen folgen wir dem bewährten schweizerischen Motto: «europapolitische Integrationschritte nur im Gleichschritt mit internen Reformen», so der Bundesrat im

Aussenpolitischen Bericht 2000. Dieser Gleichschritt ist erst recht nach den Erfahrungen in Deutschland und Österreich zu fordern. Selbst die EU hat im Entwurf zum Verfassungsvertrag nicht nur die Union handlungsfähiger gemacht. Sie hat im gleichen Zug den Föderalismus reformiert und sich hierzulande eingebürgerten Vorstellungen von Demokratie und Parlamentarismus sowie Konsens und Partizipation angenähert.

Im Parlament ist bei der Genehmigung der «Bilateralen» vor allem sicherzustellen, dass die Kantone an der Mitwirkung des Bundes auf EU-Ebene teilnehmen und auf Bundesebene mitwirken können. Primär sind die Kantone an der Mitgestaltung des Entscheidungsinhalts in der EU zu beteiligen, sekundär am Prozess der Übernahme weiterentwickelten EU-Rechts. Festzulegen ist ein föderalistischer Zusammenarbeits- und Informationsprozess, landesintern und im Verhältnis zur EU (Ausbau der Informationsvertretungen der Kantone in «Bern», wie beim Integrationsbüro auch beim EJPD, ebenso bei der Mission in «Brüssel»), der Einsitz der Kantone in den Vorbereitungsgremien der Bundesverwaltung, in den Ausschüssen sowie Arbeitsgruppen der EU und in den Gemischten Ausschüssen Schweiz/EU, der Einbezug der Kantone in den Prozess zur Weiterentwicklung der Rechtsetzung

mit den Notifikations- und Informationspflichten, den Abklärungen des Regelungsbedarfs, der Regelung der provisorischen Geltung oder den Verhandlungen bei Erfüllungsproblemen usw. Ebenso sind die Kantone an den Kontrollen von Verwaltungs- und Gerichtspraxis oder der Beilegung von Streitfällen zu beteiligen.

Das Parlament soll zu «Schengen/Dublin» aus einer Gesamtsicht Reformen der institutionellen Beziehungen zwischen Bund und Kantonen und namentlich zur Mitwirkung festlegen. Dies ist umso nötiger, als der Bundesrat noch immer den versprochenen «Föderalismusbericht» schuldet (Postulat 01.3160). Die Mitwirkung ist in einer Vereinbarung zwischen dem Bundesrat und allen Kantonen zu verankern, eventuell das Mitwirkungsgesetz anzupassen. Es genügt nicht, die Auswirkungen auf die Kantone in den verschiedenen Aufgabenbereichen aufzuzählen.

Hausaufgaben in den Kantonen

Diese Reformen gelingen nur, wenn die Kantone sich administrativ vorbereiten, Parlament sowie Öffentlichkeit einbeziehen und ihre Zusammenarbeit verbessern, d. h. vorab eine interkantonale Begleitorganisation errichten wie für die «Bilateralen I»; sie ermöglicht gute und zeitgerechte Aktionen. ■

Übersicht kantonale und kommunale Wahlen

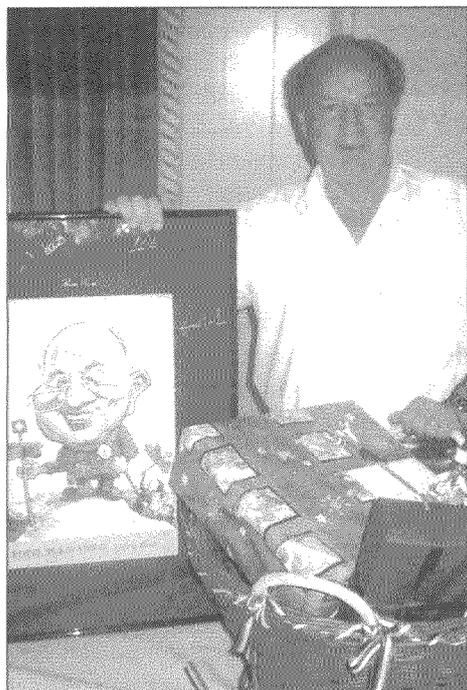
24. Oktober 2004	Basel-Stadt	Grosser Rat / Regierungsrat
28. November 2004	Aargau	Regierungsrat
28. November 2004	Stadt Bern	Gemeinderat / Stadtrat

Eidgenössische Abstimmungen

28. November

- Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)
- Bundesbeschluss vom 19. März 2004 über eine neue Finanzordnung
- Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellenforschungsgesetz, StFG)

Ade Ruedi – Au revoir Dominique

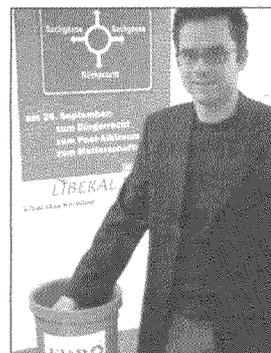


Im Vorfeld der FDP-Delegiertenversammlung vom 21. August in Zofingen wurden zwei langjährige Mitarbeiter des FDP-Generalsekretariats verabschiedet. Dominique Delaloye arbeitete von 1997 bis 2004 als Secrétaire politique romande im Generalsekretariat in Bern. Die Unterwaliserin ist seit 1997 Gemeinderätin (Exekutive) von Martigny. Ebenfalls verabschiedet wurde Ruedi Schläpfer. Der ehemalige Thurgauer Kantonalsekretär arbeitete



von 2000 bis zu seiner Pensionierung Ende Juni 2004 im GS. Er betreute die Bereiche Kantonalsektionen, «Arena», «Freisinn» und Ehemalige. Der Gemeinderat von Rickenbach TG war vor 25 Jahren Mitgründer der FDP-Sektion in seiner Wohngemeinde. Schläpfer, der selber nie im Kantonsparlament Einsitz nahm, verzichtete bei einer Vakanz 2001 zugunsten von Ruth Mettler auf einen Einzug in den Kantonsrat als Ersatzkandidat.

Auflösung des September-Preisrätsels



Die richtige Lösung des Preisrätsels Nr. 7 hiess «Liberal Landsgemeinde». Aus den über 300 richtigen Einsendungen zog FDP-Generalsekretär Guido Schommer folgende glücklichen Gewinner/innen:

1. Preis

1 Übernachtung inkl. Frühstück für 2 Personen in einem 3***-Hotel am Vierwaldstättersee

Adolf Wälti, Mühlhofstr. 37, 8266 Steckborn TG

2. Preis

1 FDP-Konferenzmappe

Thomas & Rahel Gamper, Wieshaldenstr. 15, 9507 Stettfurt TG

3. Preis

2 FDP-Sicherheitswesten

Werner Boll, Postfach 59, 5024 Küttigen AG

Who's who

Anuschka Paris



Wohnort: Bern

Beruf: Kaufm. Angestellte

Bürgerort: Bellwald VS

Zivilstand: Ledig / 1 Kind

Hobbys: Skifahren !!!, Lesen, Familie

Ausbildung/Tätigkeit:

KV 3 Jahre, Radiomoderatorin / Redaktorin 2 Jahre

Tätigkeit in Politik und Gesellschaft:

Seit 1. September 2004 Sekretärin des FDP-Fraktionssekretariats im Generalsekretariat der FDP Schweiz in Bern.

Reformen statt Quacksalberei!

Gesundheit: Wachstumsmarkt oder Kostenproblem?

Das unübersichtlich gewordene schweizerische Gesundheitssystem wird heute höchstens noch im Kleinklein-Bereich reformiert. Dies zeigen die Reaktionen auf richtige Reformvorschläge des Bundesrates. Not täte aber eine grundlegende Reflexion über die Mechanismen und den Stellenwert des Gesundheitssystems, das heute mehr und mehr ungerechte, veraltete und unliberale Ausprägungen annimmt.

Von FDP-Generalsekretär
Guido Schommer, Bern

Jahr für Jahr werden im Herbst die explodierenden Kosten des staatlichen Gesundheitssystems thematisiert, durch den Medienwald rauscht die ritualisierte Empörung über die Prämiensteigerung. Stets neue staatliche Zwangsmassnahmen werden ausgedacht, um Medikamentenpreise zu plafonieren, den jungen Ärzten ein faktisches Berufsverbot aufzuerlegen (ein Skandal, dass der Dreifuss'sche Ärztestopp immer noch gilt!), die Kosten von den Spitälern zu den Ärzten zu den Kantonen zum Bund zum Prämienzahler usw. zum Prämienzahler usw. umzuverteilen. Das zerstrittene Parlament stellt sich mehrheitlich taub gegenüber Reformvorhaben und brachte deshalb die Revision des Krankenversicherungsgesetzes zu Fall. Bundesrat Couchepin versucht mit Einzelvorlagen zu retten, was von der grossen Reform zu retten ist.

Gesundheit ist einer der wenigen Wachstumsmärkte

Angesichts der riesigen Baustelle und den zahlreichen beteiligten Baufirmen wäre eine über die Einzel-

massnahme hinausgehende Reflexion angebracht. Nüchtern betrachtet stellen die Schweizerinnen und Schweizer ans Gesundheitssystem höchste Ansprüche: Niemand ist bereit, auf höchste Qualität und Verfügbarkeit zu verzichten. Die rasanten Forschungsfortschritte wollen für alle rasch zu nutze gemacht werden. Das hohe Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung beweist den grossen kulturellen Wert des persönlichen Wohlbefindens und der Leistungsfähigkeit als Bestandteil der individuellen Lebensqualität. Diese Haltung drückt sich im Arbeits- und Bildungsmarkt durch relativ niedrige Ausfallraten aus. Wirtschaftlich betrachtet beschert der Gesundheitssektor der Schweiz einiges an theoretischer und angewandter Spitzenforschung sowie die florierendsten Exportwachstumsbranchen überhaupt: Pharma, Medizintechnik. Zunehmend werden schweizerische Gesundheitsleistungen auch durch ausländische Patienten nachgefragt. Auch das Volumen des krankenversicherungsmässig erfassten Gesundheitssystems beweist, dass der Gesundheitsmarkt in der Schweiz

ein Wachstumsmarkt ist – bezüglich Umsatz, aber auch bezüglich der beschäftigten, hochqualifizierten Arbeitskräfte.

Der schwarze Peter macht heute die Runde

Wo Leistungen angeboten und immer stärker nachgefragt werden, steigen die Preise, und jemand bezahlt. Und dies ist der zentrale Punkt: Die Politik beschäftigt sich – meines Erachtens fälschlicherweise – fast ausschliesslich mit der Frage, wer welchen Anteil der steigenden Preise berappen muss. Die staatliche Regelungsdichte im Gesundheitssektor zwingt die Beteiligten, gesetzlich bestimmte Kostenanteile zu übernehmen. Damit ist unvermeidlich, dass Fehlansätze und Kostenverdrängungsmechanismen Platz greifen. Ein solches System ist weder modern noch gerecht, geschweige denn liberal. Das aktuelle Chaos rund um die Verbilligung der Kinderprämien ist ein «wunderbares» Beispiel dafür. Jeder Player im Gesundheitsmarkt schlägt ein Modell vor, das ihn von den Kosten befreit und die Übrigen belastet. Der schwarze Peter wird herumgereicht.

Unternehmerische Verantwortung, Patienten als Partner

Not täte aber die Überlegung, wie der Gesundheitssektor zu einem normalen Markt werden könnte, wo sich Angebot und Nachfrage treffen und jeder be-

reit ist, Marktpreise zu akzeptieren. Ein solches Modell kann hier nur kurz skizziert werden: Zwangsmassnahmen wie die Kontrahierungspflicht, staatliche Preisbestimmung, Kontingentierung und Verbote hätten darin keinen Platz. Vielmehr müsste ein moderner Gesundheitsmarkt transparente Angebote und Preise kennen, damit der Patient eine Auswahl und damit auch eine Mitverantwortung bekommt. Ein moderner Gesundheitsmarkt müsste keine Spitalplanung betreiben, da sich die Besseren rasch durchsetzen würden. Spezialisierung und Qualität würden gefördert. Würden in den Städten auch noch so viele Arztpraxen eröffnet, so wäre das nur so lange ein Problem, als praktisch jeder eine garantierte Nachfrage hat. Wenn der Patient zu vergleichen beginnt, wird sich kostengünstige Qualität durchsetzen und der Praxisboom nur von kurzer Dauer sein. Insgesamt würde ein liberales System unternehmerisches Denken in die Spitäler und Arztpraxen tragen und die Patienten zu echten Partnern – statt zwangsläufig willfährigen Abhängigen – machen.

Zugang zur Qualitätsmedizin sichern durch Verbesserung der Einkommen

Selbstverständlich ist auch die Frage zu lösen, wie der liberale Gesundheitsmarkt den Zugang aller Bevölkerungsschichten zur Qua-

litätsmedizin sichert. Heute versucht es der Staat durch Angebotspflichten, kombiniert mit zahlreichen Ermässigungen und Verbilligungen und einem unglaublichen bürokratischen Apparat. In einem liberalen Gesundheitssystem müsste der Staat als Hüter der Gerechtigkeit darauf achten, dass niemand aufgrund seiner Vermögens- und Einkommenssituation auf die Gesundheitsleistungen verzichten muss. Dies kann er tun, indem er im Rahmen seiner Sozialpolitik zur Bekämpfung des «working poor»-Problems und anderer prekärer Lebensverhältnisse zu tiefe Einkommen aufbessert. Dies kostete den Staat in jedem Fall weniger als der monströse Umverteilungs- und Verbilligungsapparat, den er heute eingerichtet hat.

Kapitulation vor dem Status quo? Nein!

Natürlich werden die Praktiker das liberale Gesundheitsmarktmodell als realitätsfremde Utopie niederschreiben und darauf hinweisen, dass ein gewachsenes System vorhanden sei mit diesen und jenen Problemen. Wenn wir aber nicht einmal mehr bereit wären, notwendige Alternativen zum aktuellen Zustand zu denken, dann hätten wir bereits kapituliert und den unbefriedigenden Status quo akzeptiert. Und das entspräche nicht der Haltung der Liberalen und Freisinnigen. ■

Bern

Neue Geschäftsleitung



Die FDP des Kantons Bern hat an der Delegiertenversammlung vom 25. August ihre neue Führungsstruktur bestimmt. Die strategische Führung der Partei übernimmt eine 30-köpfige Geschäftsleitung, in welcher u. a. die vier Nationalräte, die zwei Regierungsräte, die acht Kreisparteipräsidenten sowie die Präsidenten der parteiinternen Fachkommissionen Einsitz nehmen. Das operative Ta-

gesgeschäft wird durch einen 10-köpfigen Ausschuss geleitet, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Johannes Matyassy (Präsident), Béatrice Devaux Stilli (Vizepräsidentin), Peter Flück (Vizepräsident), Hans-Jürg Käser (Fraktionspräsident), Hans-Ueli Käser (Finanzen), Marianna Lehmann (Wahlkampfleiterin), Vera Ninck (Frauen), Stefan Nobs (Jungfreisinnige), Franz Stämpfli (Geschäftsführer) und Peter Stämpfli (Unternehmungen). ■

Schaffhausen

FDP-Volksinitiative gutgeheissen

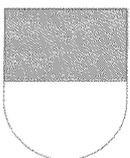


Am 29. August haben die Stimmberechtigten im Kanton Schaffhausen die Volksinitiative «60 Kantonsräte sind genug» mit über 70% Ja-Stimmen angenommen. Somit wird der Schaffhauser Kantonsrat ab 2009 nunmehr aus 60 statt wie bisher 80 Mitgliedern bestehen. Die Initiative wurde am 11. November 2003 von Vertretern der FDP des Kantons Schaffhausen mit 1141 gültigen Unterschriften eingereicht. Sowohl der Regierungsrat als auch der Kan-

tonsrat hatten die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Die Initianten versprechen sich von der Verkleinerung des Rates mehr Effizienz. Während im Kanton Zürich ein Kantonsrat rund 7000 Einwohner vertritt, waren es bisher in Schaffhausen gerade mal gut 900 Einwohner pro Kantonsrat, neu werden es gut 1200 sein. Ebenfalls am 29. August wurden die beiden FDP-Regierungsräte Heinz Albicker und Hans-Peter Lenherr mit einem hervorragenden Resultat für eine weitere Amtsperiode gewählt. ■

Solothurn

Esther Gassler nominiert



Esther Gassler vertritt die FdP Solothurn bei den Regierungsratswahlen vom 27. Februar 2005. Die Delegierten der Solothurner FdP haben sich am 14. September in Büsserach gleich im ersten Wahlgang für die Kandidatur der 52-jährigen Gemeindepräsidentin von Schönenwerd ausgesprochen. Die Konkurrentin Gabrie-

le Plüss hatte keine Chance. Die Nomination wurde nötig, weil die Solothurner Bildungs- und Kulturdirektorin Frau Landammann Ruth Gisi, die seit 1997 dem Regierungsrat angehört, bei den Wahlen nicht mehr antritt. Trotz der Faszination der Regierungstätigkeit hat sich Gisi entschieden, nach Ablauf der Amtsperiode einen neuen Lebensabschnitt zu beginnen, wie sie der FdP Solothurn mitteilte. ■

Glarus

Die FDP des Kantons Glarus hebt ab



Am 11. August organisierte der Gönnerclub der FDP des Kantons Glarus einen Ausflug. Nach einem traditionellen Glarner-Apéro mit «Zigerbrüt» stand die Besichtigung des Flugplatzes Mollis und die Vorstellung der Heli-Linth AG auf dem Programm. Zu guter Letzt

traf man sich auf der Mullern oberhalb Mollis zu einem gemütlichen Nachtessen mit musikalischer Umrahmung. Der Gönnerclub der FDP des Kantons Glarus ist eine Gruppierung innerhalb der FDP, die mit zusätzlichen finanziellen Mitteln die Arbeit der Kantonalpartei unterstützt. ■



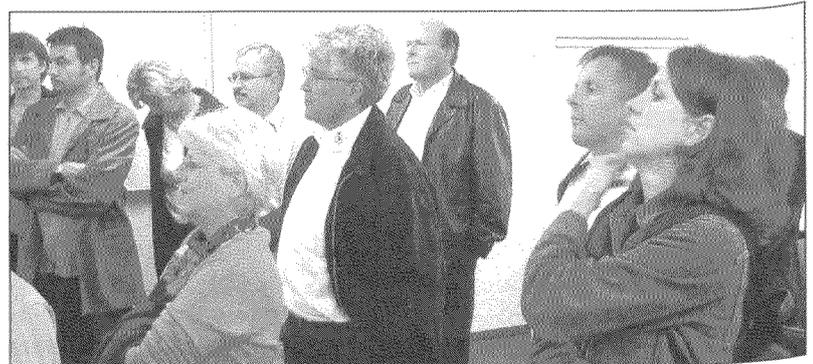
Peter Kolesnik bei der Vorstellung der Dienstleistungen des Flugplatzes Mollis.



FDP-Pilot Beat Oswald «ready for take-off», damit unser schöner Kanton auch von oben besichtigt werden konnte.



Boarding Time: Eine Gruppe FDPler besteigt die Propellermaschine.



Der Glarner FDP-Regierungsrat Willi Kamm (Bildmitte) und Andrea Trümpy, Kantonssekretärin.

Mehr Effizienz dank Eigenverantwortung

Der NFA – mehr als ein Umverteilmechanismus

Am 28. November stimmen Volk und Stände über den neuen Finanzausgleich und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ab. Die Zürcher Ständerätin Trix Heberlein befürwortet die Vorlage, weil sie – im Gegensatz zum heutigen Finanzausgleich – die Eigenverantwortung der Kantone stärkt, mehr Effizienz bringt und zu einem geringen Gefälle zwischen den Kantonen beiträgt. Die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz hat in Zofingen bereits mit grossem Mehr die Ja-Parole beschlossen.



Trix Heberlein

Von Ständerätin Trix Heberlein, Zumikon ZH

Grosse Würfe haben es in unserem Land schwer. Partikularinteressen, Verzicht auf gewohnte Standards, auf Finanzen oder gar Kompetenzen sind in unserer Demokratie schwer umzusetzen.

Seit über 10 Jahren arbeiten die zuständigen Organe von Bund und Kantonen an einer Korrektur der ineffizienten, von falschen Anreizen geprägten Umverteilungsmechanismen unserer Subventionsmaschine. Eine klare Zuord-

nung von Kompetenzen und Finanzierung, eine Neuordnung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen und eine effiziente Mittelzuteilung sind die hauptsächlichen Ziele der in langwierigen Diskussionen mit den Kantonen ausgehandelten Regelungen.

Entflechtung von Finanzströmen

Der NFA ersetzt ein Gewirr von mehr als 30 Ausgleichszahlungen zwischen Bund und Kantonen durch zwei transparente Instrumente. Von den heute ge-

meinsam getragenen Aufgaben übernehmen die Kantone 11, der Bund 7. Durch diese Entflechtung werden die Handlungsspielräume der Kantone gestärkt – es wird ihnen aber auch die Verantwortung für die Erfüllung dieser Aufgaben übertragen. Die über 100 Einzelmassnahmen des heutigen Finanzausgleichs setzen falsche Anreize, erfordern eine übermässige Bürokratie und sind wenig nachhaltig.

Weshalb soll bei einem Projekt gespart werden, wenn der Bund 90% der Kosten übernimmt? Starre, objektgebundene Subventionen setzen keine Prioritäten, und die Verantwortung, die wir als Bürger für die eingenommenen Steuerfranken haben,

kann nicht wahrgenommen werden. Daher ist eine Reorganisation dieser Subventionsgeflechte unerlässlich.

Die von den Invalidenorganisationen geschürten Ängste, dass die Kantone ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, sind zwar nachvollziehbar, aber ungerechtfertigt. Der Bund setzt nach wie vor Minimalstandards fest. Die Kantone verfügen ihrerseits über die demokratischen Strukturen und Entscheidungsmechanismen, um notwendige Beiträge zu gewährleisten. Sie sind aber näher beim Bürger und daher besser in der Lage die Bedürfnisse abzuklären. Dies fördert die Akzeptanz der Leistungen und gewährleistet eine bessere Kontrolle.

Zusammenarbeit unter den Kantonen

Nicht zuletzt ermöglicht der NFA den Kantonen, ihre Prioritäten selber zu setzen – er verpflichtet sie aber auch zur Zusammenarbeit – beispielsweise unter den Universitäten, bei der Spitzenmedizin oder dem Agglomerationsverkehr. Daneben gibt es weiterhin Verbundaufgaben von Bund und Kantonen, wie beispielsweise der Prämienausgleich im KVG, bei Stipendien oder beim Bau der Hauptstrassen. Hier werden gemeinsam Mehrjahresprogramme festgelegt, so auch im Natur- und Heimatschutz. Die Beiträge sind nicht subjektiv, sondern projektbezogen,

und die Kantone setzen ihre Prioritäten selbstständig.

Stärkung des Föderalismus

Die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz unterstützt den NFA, dies in der Überzeugung, dass die Ziele dieses Projekts weitestgehend unseren liberalen Grundsätzen Rechnung tragen.

Die Eigenverantwortung der Kantone wird wieder gestärkt, indem eine Entflechtung der Aufgaben und eine klare Zuordnung von Kompetenzen und Finanzierung erfolgt. Der Föderalismus erhält in diesen Bereichen eine neue Berechtigung.

Gleichzeitig wird die Subsidiarität betont; der Bund soll nur dort tätig werden, wo es aufgrund der Verfassung notwendig ist. Armee, AHV, Nationalstrassen dienen als Beispiele. Gleichzeitig ermöglichen Ressourcen- und Lastenausgleich die notwendige Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen Strukturen in unserem Land, auf topographische, aber auch auf soziodemographische Gegebenheiten und Lasten. Wir haben am 28. November Gelegenheit, Ja zu sagen zu einer staatspolitisch entscheidenden Vorlage, die für unser Land mehr Effizienz, zielgerichtete Leistungen des Staates und ein geringes Gefälle zwischen den Kantonen bewirkt. ■

Anzeige



Klinik Aadorf

Klinische Psychotherapie

Begleitung bei Krisen / Stress / Burnout

professionell, diskret, menschlich, naturnah mit vielfältigen Freizeitmöglichkeiten

Unsere Häuser:

- **Landhaus:** Intensive Psychotherapie im allgemeinen Bereich
- **Oase:** Station für Frauen mit Ess-/Identitätsstörungen
- **ViaNova:** neu eröffnete Station halbprivat und privat Versicherte

Krankenkassen- anerkannt für PatientInnen aus der ganzen Schweiz
Für ein Informationsgespräch rufen Sie doch einfach an!

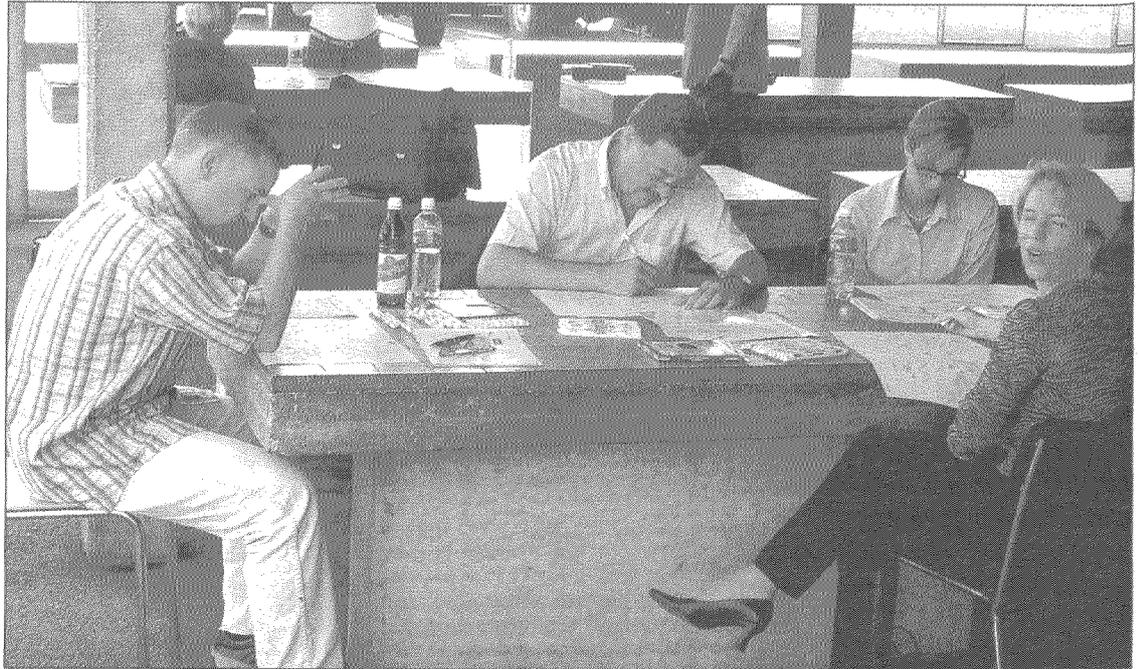
Dr. med. Hans König, Chefarzt
Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH

Föhrenbergstrasse 23, 8355 Aadorf, Tel. 052 368 88 88
www.klinik-landhaus.ch, Mail: landhaus@klinik-landhaus.ch

Aufbruchstimmung in Stans

Drei intensive und erlebnisreiche Tage der FDP in Nidwalden

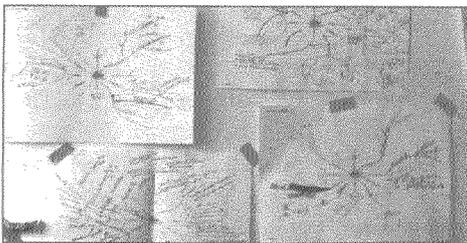
Das Wochenende der Liberalen Landsgemeinde in Stans begann bereits am Samstag mit der FDP-Kadertagung. FDP-Kader aus Bund und Kantonen diskutierten gemeinsam über die Ausrichtung der Partei in den nächsten Jahren. Anstatt den gewohnten Weg mit Vorträgen und Gruppendiskussionen zu gehen, beschränkt man Neuland. Einzeln und in Gruppen waren sogenannte Mindmaps zu entwerfen. Die Resultate lassen sich buchstäblich sehen.



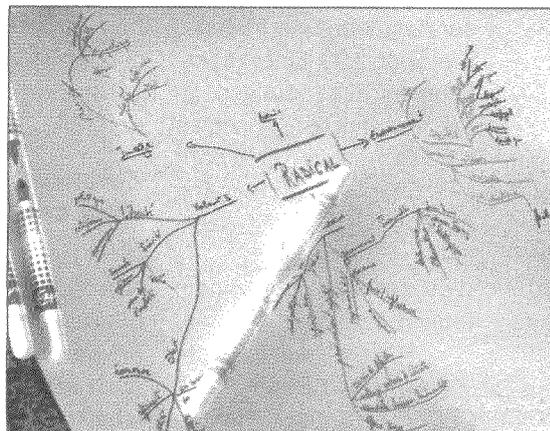
Es wurde gearbeitet, bis die Hirnzellen rauchten: einige FDP-Kader beim Arbeiten.



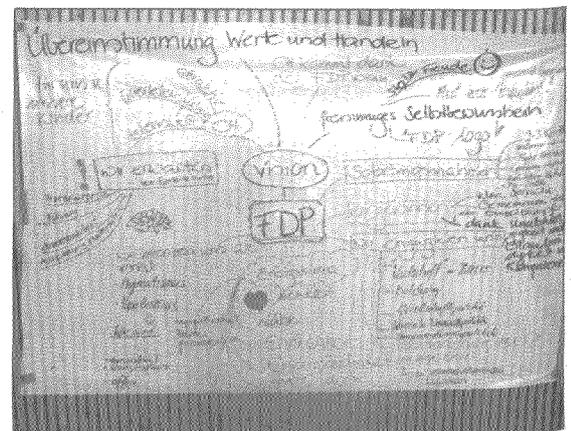
Die FDP-Kadertagung fand im Kompetenzzentrum der Kaserne Stans statt.



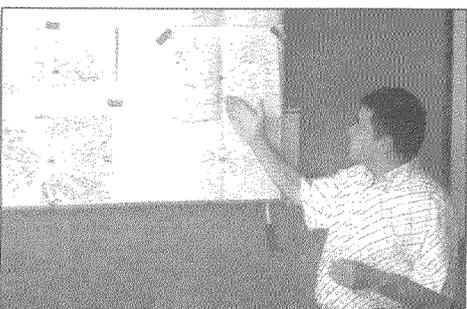
Nach getaner Einzelarbeit wurden die Resultate gruppenweise zusammengetragen...



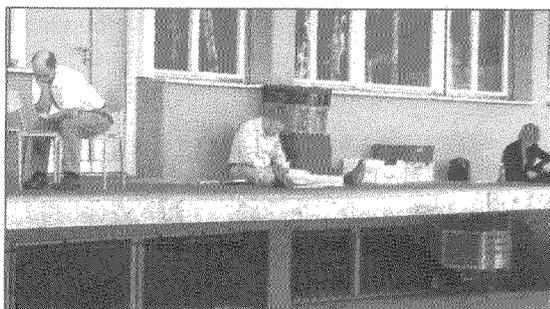
Sowohl deutsch als auch französisch wurde gezeichnet. Für einmal durfte es nicht farbig genug sein.



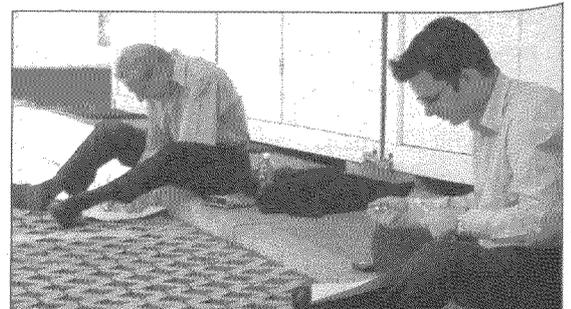
Die Vielfalt der FDP kam zum Ausdruck, auch bei den Gruppenarbeiten.



... und gegenseitig präsentiert. Hier der Urner FDP-Fraktionschef Tumasch Cathomen bei der Präsentation seiner Arbeit.

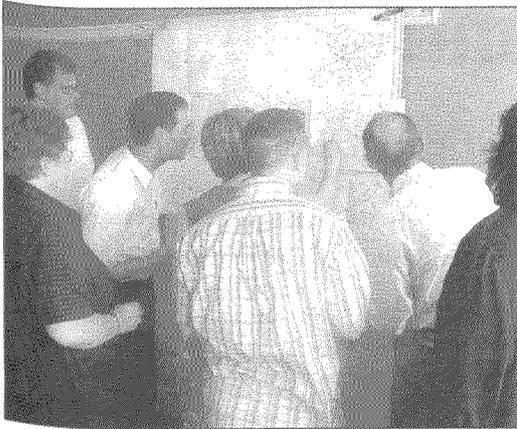


Grübeln ohne Bodenhaftung: FDP-Presseschef Christian Weber (l.) und andere Tagungsteilnehmer beim Nachdenken.

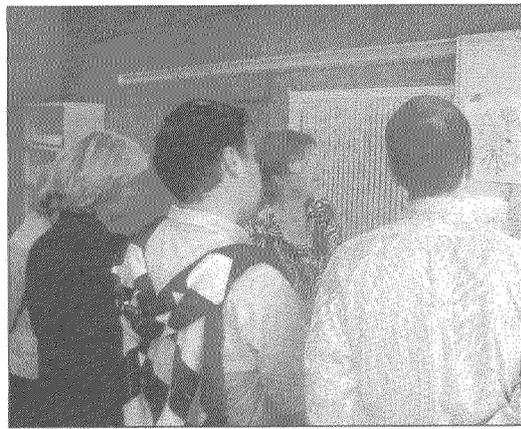


Der FDP-Generalsekretär und sein Vorgänger: Guido Schommer (r.) und Johannes Matyassy.

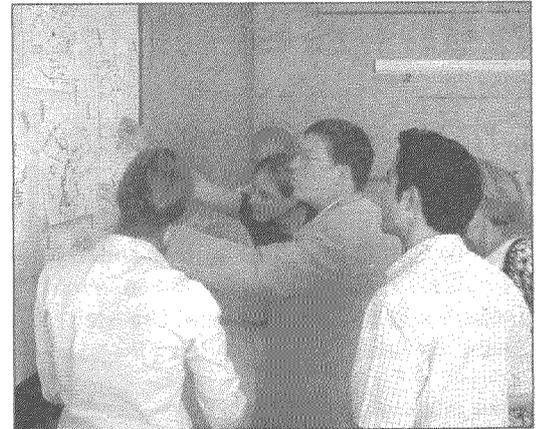
Kadertagung



Nach der Präsentation wurden die Arbeiten mit farbigen Klebern bewertet...



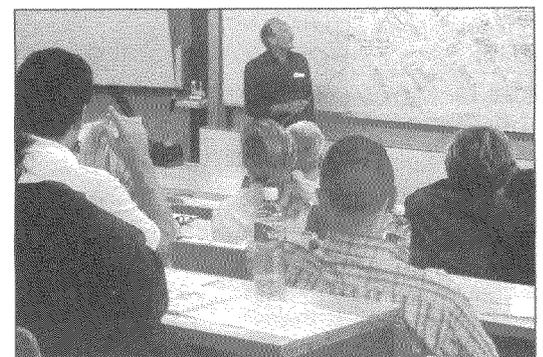
... es wurde diskutiert...



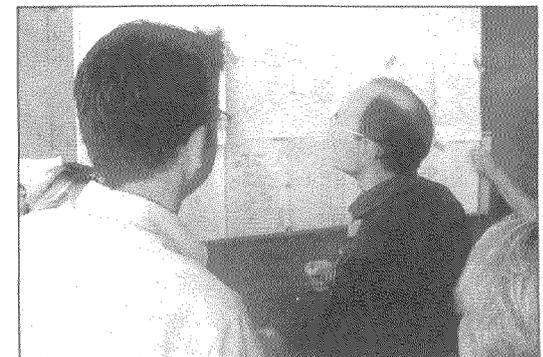
... und regelrecht «gedrängt».



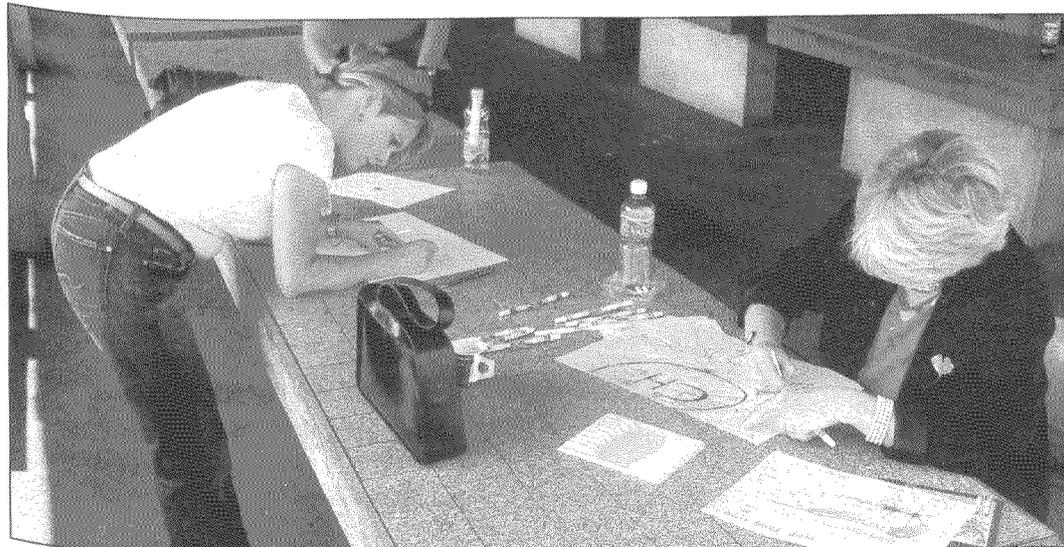
Brainstorming in der prallen Sonne: die Thurgauer Kantonssekretärin Ursula Junker (l.) und Nihat Tektas, Präsident der Jungen FDP Schaffhausen.



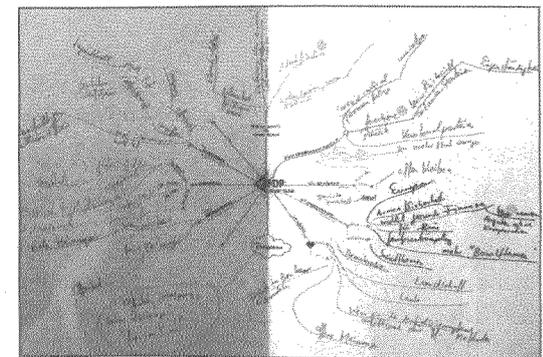
Am Schluss die Präsentation der Gruppenarbeiten im Plenum. Hier: Nationalrat und Professor Felix Gutzwiller an gewohnter Stelle.



Auch Nationalräte durften punkten. Hier Felix Gutzwiller unter «Aufsicht» von Guido Schommer (v. r.).



Zuerst mussten alle «ihre FDP der Zukunft» aufzeichnen: FDP-Frauen-Generalsekretärin Barbara Perriard (l.) und FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner beim Malen.



Eine bewertete Arbeit mit den orangenen Klebern.

Kämpferin gegen den Populismus

Christa Markwalder, der «Benjamin» der FDP-Bundeshausfraktion

Christa Markwalder vertritt seit 2003 den Kanton Bern im Nationalrat. Die bekennende «Chaotin» isst am liebsten alles, was ihr Mann kocht, kann gut zuhören und diskutiert gerne. Um sich fit zu halten, macht sie mit ihrem Hund den Vita-Parcours.

«Freisinn»: Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf begründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Christa Markwalder: Auf aufrichtige Menschen, die weltweit eine gemeinsame Zukunft in Frieden, gegenseitigem Respekt und wirtschaftlicher Prosperität aufbauen wollen.



Christa Markwalder

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen, die leider oft in Extremismus und Fundamentalismus mündet.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Als Hausfrau schätze ich die Erfindungen von Waschmaschine, Abwaschmaschine und Staubsauger, als Berufsfrau sind für mich der Computer und das Internet unentbehrlich, und als Mensch und Politikerin sind für mich Anti-Personenminen sowie biologische, chemische und nukleare Waffen nicht nur entbehrlich, sondern höchst bedrohlich. Deshalb braucht es so wertvolle Initiativen aus der Schweiz wie MineEx oder

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil die Jungfreisinnigen und die FDP die Werte der individuellen Grundrechte, der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie konsequent verteidigen und weil sie jungen, leistungsorientierten Menschen echte Chancen bieten.

Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in), wem würden Sie diesen verleihen?

Allen freisinnigen Gemeindepolitiker/innen zusammen, die sich mit viel Engagement und Zeitaufwand für die liberalen Werte auf lokaler Ebene einsetzen.

Wodurch kann Sie eine Politikerin oder ein Politiker überzeugen?

Mit intelligenten und faktenbasierten Argumenten sowie mit Charisma.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Männer und Frauen sind für das andere Geschlecht je eine sehr schöne Bereicherung. Da die Abstimmung über das Partnerschaftsgesetz naht, dürfen wir aber nicht vergessen, dass Männer und Frauen auch für das eigene Geschlecht eine Bereicherung sein können!

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Am liebsten würde ich mindestens fünf Sprachen akzentfrei sprechen und perfekt schreiben können.

Was ist Ihre persönliche Schwäche?

Ich bin nicht sehr ordentlich – ja sogar eher etwas chaotisch. Aber die Beherrschung des Chaos ist schliesslich eine Kunst für sich...

Was ist Ihre persönliche Stärke?

Abgesehen davon, dass ich in chaotischen Verhältnissen immer noch den

Überblick habe, glaube ich, den Menschen gut zuhören zu können und sie dank sachlicher Argumentation von einem Anliegen überzeugen zu können.

Welches Buch lesen Sie zurzeit?

Ich habe eben den Lorenzini-Krimi fertig gelesen.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich mache zusammen mit unserem Berner Sennhund immer wieder den Vita-Parcours – das tut uns beiden gut!

Das Gespräch mit Christa Markwalder führte Stefan Nobs vom GS der FDP Schweiz.

Kurzbiographie

Alter: 29

Beruflicher Werdegang:

Matura 1995 (Typus B) Burgdorf, ab 1995 Studium Rechtswissenschaft und allgemeine Ökologie an der Uni Bern, 1998 Auslandsemester in Nijmegen/NL, 2000 Zertifikat allg. Ökologie, 2001 Lizentiat Rechtswissenschaft, 2001–2004 wissenschaftliche Assistentin am Institut für Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht der Uni Bern bei Prof. Thomas Cottier.

Politischer Werdegang:

1999–2002 Stadträtin Burgdorf, 2000–2002 Mitglied StudentInnenrat Uni Bern, 2002–2003 Grossrätin, seit 2003 Nationalrätin

Liebste Tätigkeit:

Mit meinem Mann diskutieren, Cello spielen

Lieblingessen:

Alles, was mein Mann kocht.

Mit wem würden Sie dieses Essen am liebsten einnehmen?

Natürlich mit meinem Mann – er hat es ja schliesslich auch gekocht!

Forschung für den Kampf gegen Krankheiten

Ein klares Ja zum Stammzellenforschungsgesetz

Am 28. November stimmen wir über das Stammzellenforschungsgesetz ab. Das Gesetz legt fest, unter welchen restriktiven Voraussetzungen überzählige menschliche embryonale Stammzellen zu Forschungszwecken verwendet werden dürfen. Klare Leitplanken sind für die Forscherinnen und Forscher wichtig, damit sie das grosse medizinische Potenzial der Stammzellen weiter erforschen können im Kampf gegen schwere Krankheiten, die bis heute nicht heilbar sind. Ein klares Ja zum Stammzellenforschungsgesetz ist ein wichtiges Signal für den Forschungsplatz Schweiz.

Von Nationalrätin *Christine Egerszegi-Obrist*, Mellingen AG

Die Schweiz hat keine Bodenschätze. Unser Wohlstand gründet auf guten Köpfen und auf Händen, die zupacken. Unsere wichtigsten Ressourcen sind Bildung, Innovation und Forschung. Entscheidend für den Forschungsplatz Schweiz sind gute gesetzliche Rahmenbedingungen. Mit ihrer liberalen Forschungspolitik ist die Schweiz immer gut gefahren. Forschungsverbote, wie es die Gegner auch wieder bei dieser Vorlage fordern, haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger regelmässig klare Absagen erteilt.

Konsequente Regelung

Das Stammzellenforschungsgesetz regelt die Gewinnung embryonaler Stammzellen aus überzähligen Embryonen zu Forschungszwecken und die Forschung mit embryonalen Stammzellen. Ein überzähliger Embryo ist ein im Rahmen der Befruchtung im Reagenzglas (In-vitro-

Fertilisation) erzeugter Embryo, der nicht mehr zur Herbeiführung einer Schwangerschaft verwendet werden kann und deshalb nach geltendem Recht vernichtet werden müsste.

Bundesrat und Parlament haben mit dem Stammzellenforschungsgesetz eine konsequente Regelung angestrebt und wollen damit die herrschende Rechtsunsicherheit beseitigen. Aus Sicht der Parlamentsmehrheit ist es ehrlicher, die Gewinnung von embryonalen Stammzellen unter strengen Auflagen zu erlauben und im eigenen Land Forschung zu betreiben, als den Import von embryonalen Stammzellen zu tolerieren oder von den Forschungsergebnissen im Ausland zu profitieren.

Grosses medizinisches Potenzial

Die Stammzellenforschung birgt Hoffnungen im Kampf gegen Krankheiten. Schon heute können Menschen, die an Blutkrebs leiden, mit Stammzellen geheilt werden. Medizinische Forscher und Ärzte sind, nicht



Christine Egerszegi

zuletzt dank bisheriger Erfolge, überzeugt, dass Stammzellen ein grosses medizinisches Potenzial besitzen, und dass damit in Zukunft die Behandlung von Krankheiten wie Parkinson, Alzheimer, Diabetes, Rückenmarkverletzungen oder Herzleiden markant verbessert werden kann.

Stammzellen haben die Fähigkeit, in unserem Körper Zellen und Gewebe zu erneuern. Blutstammzellen können beispielsweise alle Bestandteile des Blutes bilden. Embryonale Stammzellen sind beson-

ders vielseitig und können sich zu ganz verschiedenen Zellen des menschlichen Körpers entwickeln. Um die Eigenschaften der Zellen noch besser kennen zu lernen und künftig einmal neue Therapien entwickeln zu können ist aber noch viel Grundlagenforschung an den Hochschulen und Universitäten nötig.

Kontrolle statt Verbote

Das Parlament hat mit dem Stammzellenforschungsgesetz strenge Richtlinien für die Forschung mit embryonalen

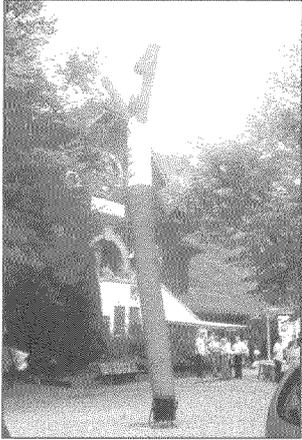
Stammzellen erlassen. Sie sind strenger als in den meisten anderen Ländern, weil zu Recht den ethischen Ansprüchen in hohem Mass Rechnung getragen wurde: Es muss nachgewiesen werden dass es unmöglich ist, den Embryo einzupflanzen und er wirklich überzählig ist, es braucht die schriftliche Zustimmung des Paares für eine Verwendung, es dürfen keine Embryos zu Forschungszwecken hergestellt werden, der Handel ist verboten. Missbräuche werden geahndet.

Kontrolle statt Verbote ist in der Schweizer Forschungspolitik ein breit akzeptierter Grundsatz. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass überzählige Embryonen ohnehin vernichtet werden müssen, kommen Bundesrat und Parlament in der Güterabwägung zum Schluss, dass ihre geregelte Verwendung in der Stammzellenforschung ethisch vertretbar und die Stammzellenforschung zu unterstützen ist.

Wir brauchen ein Stammzellenforschungsgesetz, das dieses sensible Gebiet rechtlich unmissverständlich regelt. Wir wollen einerseits den wissenschaftlichen Fortschritt als Chance nutzen und unterstützen, aber andererseits auch mit derselben Klarheit Missbräuche verhindern und die Menschenwürde schützen. Deshalb verdient dieses Stammzellenforschungsgesetz am 28. November ein klares Ja. ■

Landsgemeinde

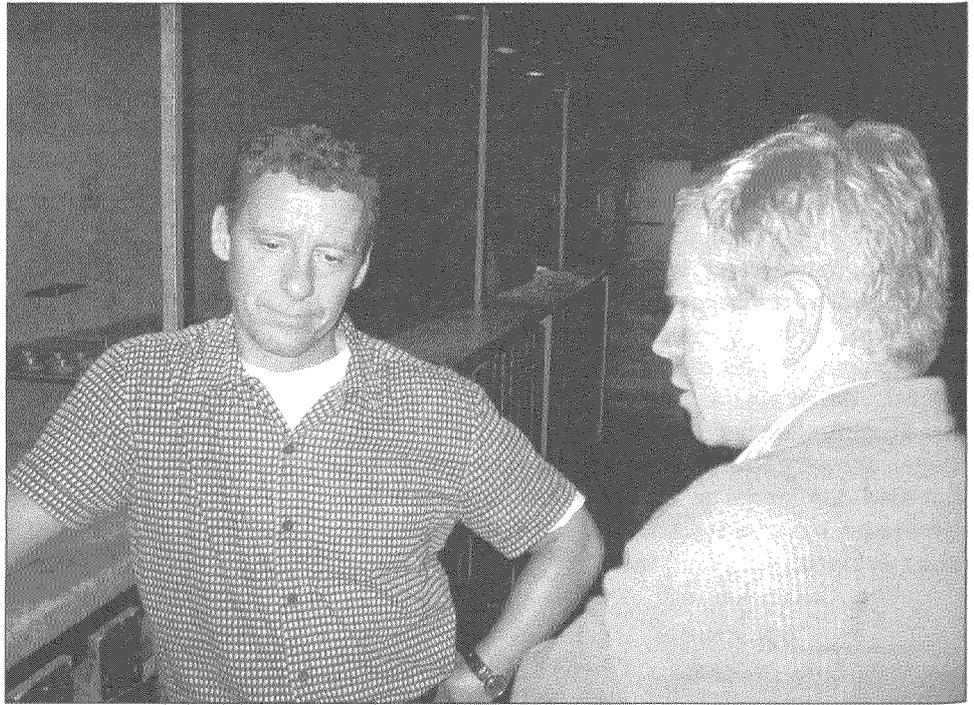
Am Samstagabend fand im Rahmen der liberalen Landsgemeinde und der Kadertagung das Grabenfest statt. Dabei wurde nachhaltig bewiesen, dass Freisinnige nicht nur gut politisieren, sondern ebenso gut feiern können; auch dank toller Organisation der FDP Stans.



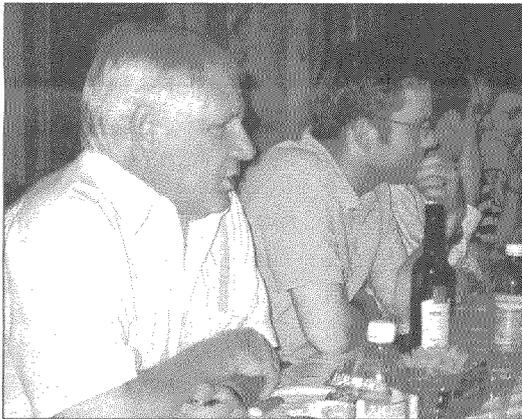
Von weither sichtbar:
Die FDP ist da.



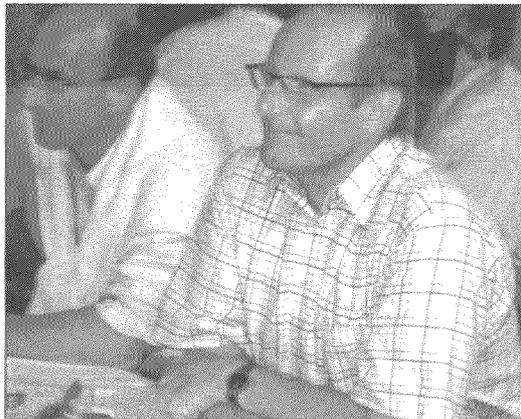
Das Schützenhaus Schwy-
bogen wurde zum Party-
lokal.



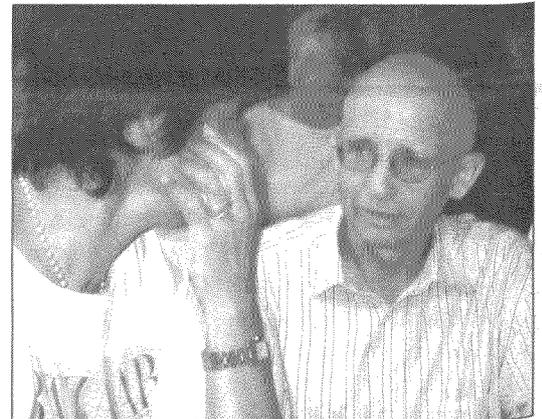
Zeit für Grundsatzdiskussionen: Der Schaffhauser Kantonalpräsident Christian Heydecker (links) und Fraktionssekretär Bruno Henggi.



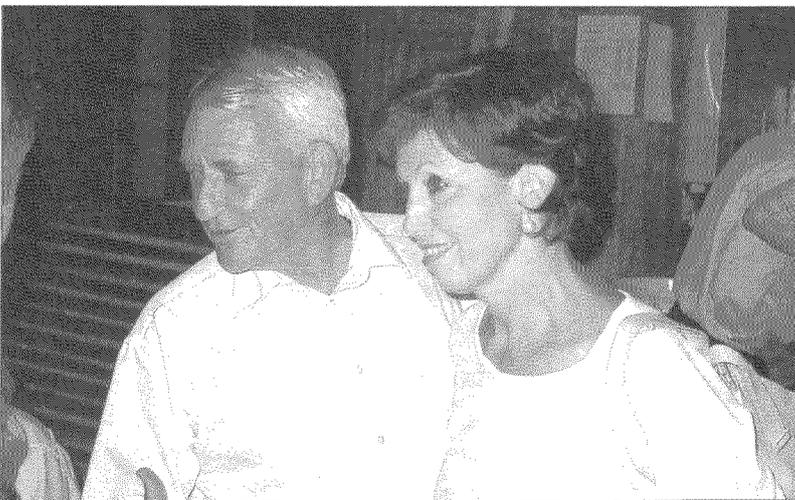
Präsident und Generalsekretär.



FDP-Nidwalden-Präsident Heinz Risi (links) im
Kreise seiner Nidwaldner.



Der Chef-Organisator: Ruedi Schoch, Nidwaldner
Kantonalsekretär.

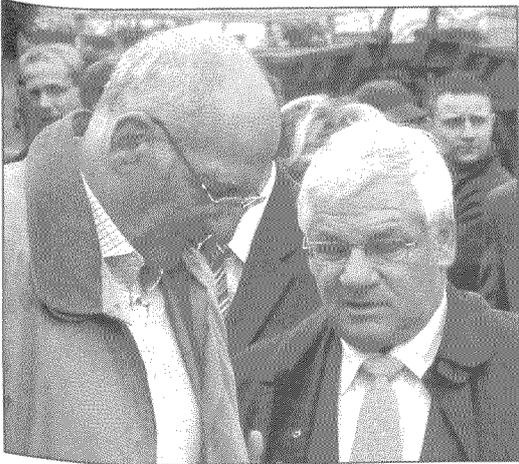


Für Nationalrat Edi Engelberger (FDP NW) war es ein Heimspiel.



Kantonalpräsident Peter Tobler (BL) im Gespräch mit Barbara Perriard
(Generalsekretärin FDP-Frauen).

700 Personen fanden am 12. September den Weg nach Stans, um an der ersten liberalen Landsgemeinde die Projekte von «Avenir radical» zu diskutieren. Die Liberale Landsgemeinde bildete damit den Höhepunkt dieses Grossprojekts, an dem mehrere Tausend FDP-Mitglieder teilgenommen haben.



Schwatz unter vier Augen: Bundesrat Pascal Couchepin (l.) zusammen mit Parteipräsident Rolf Schweiger.



Lokalmatador Nationalrat Edi Engelberger (Bildmitte) im Gespräch mit Ständerat Thomas Pfisterer (ganz links) und alt Nationalrat Erich Müller (ganz rechts).



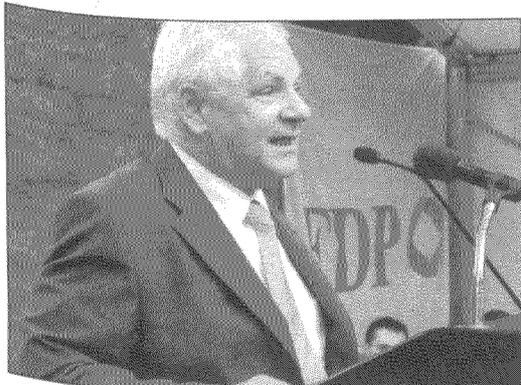
Einzug auf den Landsgemeindeplatz: Bundesrat Pascal Couchepin, Bundeskanzlerin Anne-Marie Huber-Hötz, Parteipräsident Rolf Schweiger und Bundesrat Hans-Rudolf Merz (v. l. n. r.).



Der Präsident der FDP Schaffhausen, Christian Heydecker, stellt einen Antrag auf Festschreibung der Konsumentenfreiheit in der Bundesverfassung.



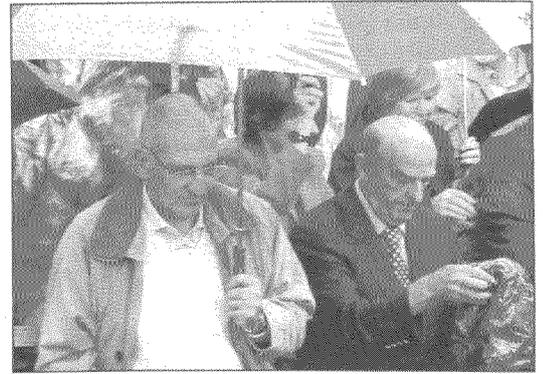
Auch Jungfreisinnige waren in Stans: Bettina Dolfi, Juliette Hotz und Bernhard Eicher aus dem Kanton Bern.



«To be or not to be» – während Präsident Rolf Schweiger die Anwesenden mit den Worten Shakespeares begrüßte...



... unterbrach Petrus die Landsgemeinde mit einem kurzen Regenschauer...



... da müssen sich auch die Bundesräte wettertauglich machen.



FDP-Frauen-Präsidentin Marianne Dürst plädierte für familienfreundliche Schulstrukturen.



Die FDP-Schar stellte die Weichen neu. Die Bauprofile für die «Avenir radical»-Projekte standen bereits.

Bratwurst versus Demokratie?

Die merkwürdige Um-Interpretation basisdemokratischer Prozesse

Von FDP-Pressechef Christian Weber

Die Liberale Landsgemeinde in Stans war ein voller Erfolg. 700 FDP-Mitglieder haben den Weg in den Kanton Nidwalden gefunden und haben die Projekte von «Avenir radical» in Landsgemeinde-Manier offen diskutiert. Daran ändern auch abstruse Interpretationen in einzelnen Medien nichts.

Im «Tages-Anzeiger» kamen im Nachgang zur Landsgemeinde linke Historiker zu Wort, welche mit schwülstigen Phrasen zu belegen versuchten, dass eine Landsgemeinde nicht zu liberalem Gedankengut passe, geschweige denn zu einer modernen Ausrichtung der FDP. Wofür aber steht eine Landsgemeinde eigentlich? Sie steht für einen direktdemokratischen Prozess, bei dem sich Volk und Regierung direkt austauschen können. Was bitte soll an einem offenen Dialog, wie er an jeder Gemeindeversammlung gepflegt wird, schlecht sein? Das Verfahren von «Avenir radical» wurde ganz bewusst gewählt. Zuerst führte man eine Internet-Befragung durch, und danach wurde die Form der Landsgemeinde gewählt.

Dankbare Klischees

Es ist ein beliebtes Mittel der Vereinfachung, althergebrachte Klischees hervorzuklauben. Dadurch lassen sich Sachverhalte auch problemlos vereinfachen und unreflektiert in Schubladen einordnen.

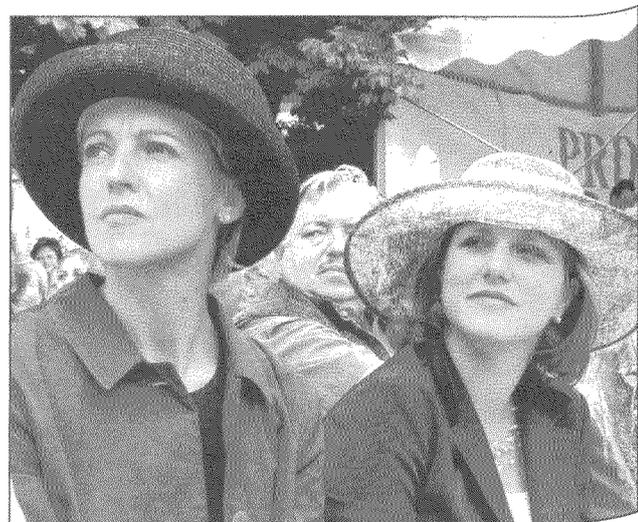
Beim Stichwort «Landsgemeinde» lässt man das Bild der Innerrhoder Männer aufleben, die den Frauen mit erhobener Hand das Stimmrecht verwehren. Dadurch kann eine Landsgemeinde sofort als rückständig abgetan werden. Dass man damit all jene verhöhnt, die sich an diesem direktesten aller demokratischen Prozesse beteiligen, wird bewusst in Kauf genommen.

Kaviar und Bratwurst

Noch absurder wird es, wenn behauptet wird, die FDP wandle auf den Spuren der SVP, weil sie eine Landsgemeinde durchführe und dort auch Bratwürste zum Kauf angeboten würden. Selbst wenn dies das Weltbild mancher Journalistinnen und Journalisten arg durcheinander bringen wird, sei hier festgestellt, dass sich Freisinnige nicht primär von Champagner und Kaviar ernähren und die Bratwurst keine Erfindung der SVP ist, genauso wenig wie die Landsgemeinde. Geradezu lächerlich ist die explizite oder implizite Argumentationskette, welche von der konservativen Landsgemeinde über die demzufolge konservativen Projekte zum Rechtsrutsch in der FDP führt. Wer so argumentiert, der hat nicht nur ideologische Scheuklappen vor den Augen, sondern auch ein intellektuelles Brett vor dem Kopf. Oder wie dies der deutsche Fussballer Lothar Matthäus treffend formulierte: Nur den Sand nicht in den Kopf stecken. ■



Wie bei der richtigen Nidwaldner Landsgemeinde: Der Chef wird «streng» bewacht.



Frau mit Hut: FDP-Frauen-Präsidentin Marianne Dürst und Nationalrätin Christa Markwalder im traditionellen Landsgemeinde-Look.

Die neue Geschäftsleitung



SR Rolf Schweiger, Baar ZG, Parteipräsident, Kommunikation Bundespolitik, Programmarbeit, Fachbereich Wirtschaftspolitik



NR Marianne Kleiner, Herisau AR, Vizepräsidentin, Betreuung Kantonalparteien



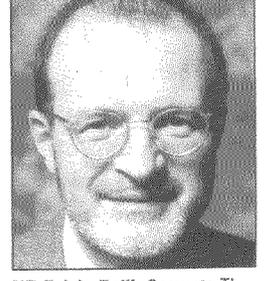
Léonard Bender, Martigny VS, Vizepräsident Romandie, Betreuung Kantonalparteien



RR Marina Masoni, Lugano TI, Vizepräsidentin Svizzera italiana, Betreuung Kantonalpartei



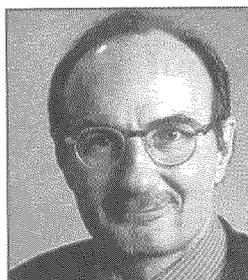
NR Ruedi Noser, Hombrechtikon ZH, Vizepräsident Deutschschweiz, Betreuung Kantonalparteien



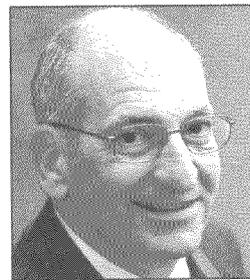
NR Fulvio Pelli, Sorengo TI, Präsident der FDP-Fraktion, Kommunikation Bundespolitik



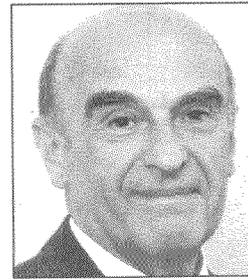
SR Erika Forster, St. Gallen, Vizepräsidentin der FDP-Fraktion, Fachbereich Umwelt- und Energiepolitik



NR Felix Gutzwiller, Zürich, Vizepräsident der FDP-Fraktion, Personalplanung, Fachbereich Sozial- und Gesundheitspolitik



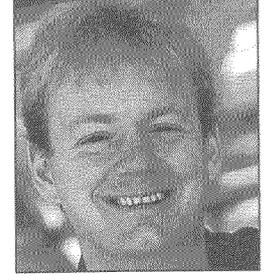
BR Pascal Couchepin, Martigny VS, Vorsteher EDI



BR Hans Rudolf Merz, Herisau AR, Vorsteher EFD



RR Marianne Dürst-Kundert, Glarus, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz, Betreuung FDP-Frauen



Daniel Helfenfinger, Zülwil SO, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, Betreuung JFS, Fachbereich Sozialpolitik: Altersvorsorge



Guido Schommer, Bern, Generalsekretär



SR Peter Briner, Schaffhausen, Fachbereich Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik



NR Didier Burkhalter, Neuenburg, Zusammenarbeit mit der LPS



NR John Dupraz, Soral GE, Fachbereich Wirtschaftspolitik



NR Charles Favre, Echallens VD, Kommunikation Bundespolitik, Fachbereich Finanz- und Steuerpolitik



NR Jean-Paul Glasson, Bulle FR, Fachbereich Staatspolitik



NR Filippo Leutenegger, Zürich, Medienstrategien/Kampagnen, Fachbereich Verkehrspolitik



NR Christa Markwalder Bär, Burgdorf BE, Fachbereich Bildungs- und Gesellschaftspolitik



Johannes Matyassy, Gümliigen BE, Ausbildung



NR Philipp Müller, Reinach AG, Fachbereich Migrationspolitik



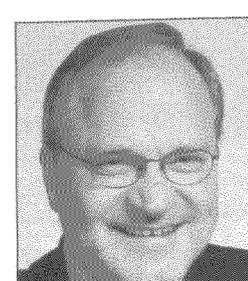
RR Sabine Pegoraro, Pörfingen BL, Betreuung Regierungsräte, Fachbereich Sicherheitspolitik



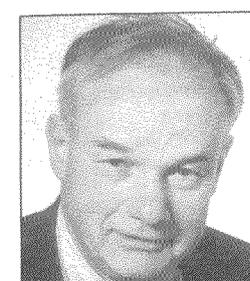
SR Thomas Pfisterer, Aarau, Rechtsfragen, Strategische Geschäfte



SR Fritz Schlessler, Haslen GL, Internes Coaching



NR Georges Theller, Luzern, Zusammenarbeit / Monitoring Departemente



RR Christian Wanner, Mellingen SO, Betreuung Regierungsräte

Politik mit Qualität

FDP-Frauen Stadt Zürich beschreiten Neuland

Die FDP-Frauen der Stadt Zürich beschreiten Neuland. Als erste Partei der Schweiz liessen sie sich für das NPO-Label für Management Excellence der Schweizerischen Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) qualifizieren.



Carmen Walker Späh

Das NPO-Label ist eine Zertifizierung für Nonprofit-Organisationen, deren Administration, Struktur und Strategie den heutigen professionellen Standards entspricht. Offizielle Qualitätsstandards sind ein Novum in der schweizerischen Politiklandschaft. Bis heute hält sich ein traditionelles Milizsystem, das in punkto Geschwindigkeit und Effizienz immer

Zur Person

Carmen Walker Späh ist seit 2001 Präsidentin der FDP-Frauen der Stadt Zürich. Die amtierende Kantons- und Verfassungspräsidentin führt eine eigene Rechtsanwaltskanzlei. Sie ist verheiratet und Mutter dreier Söhne.

mehr an seine Grenzen stösst. Auch die Geschäftsleitung der FDP-Frauen Schweiz wollen gestützt auf die Erfahrungen der Stadt-Zürcherinnen die Frage einer Zertifizierung ernsthaft prüfen. Der Freisinn sprach mit der Präsidentin der FDP-Frauen Stadt Zürich, Kantonsrätin Carmen Walker Späh, über die Idee der Zertifizierung und die Rolle der FDP-Frauen.

Frau Walker Späh, die FDP-Frauen der Stadt Zürich haben sich als erste Partei der Schweiz für das NPO-Label für Management Excellence qualifiziert. Herzliche Gratulation. Was hat Sie und Ihren Vorstand dazu veranlasst, sich zertifizieren zu lassen?

Carmen Walker Späh (CWS): Um in der Politik zu bestehen, ist Professionalität heute unverzichtbar, und zwar sowohl in den internen Geschäften wie auch in der Kommunikation nach aussen. Klare Arbeitsabläufe und eine effiziente Verbandsführung werden – auch angesichts der knappen finanziellen Ressourcen – immer wichtiger.

Verstehen wir Sie richtig: Sie wollen Ihre Partei wie ein Wirtschaftsunternehmen führen?

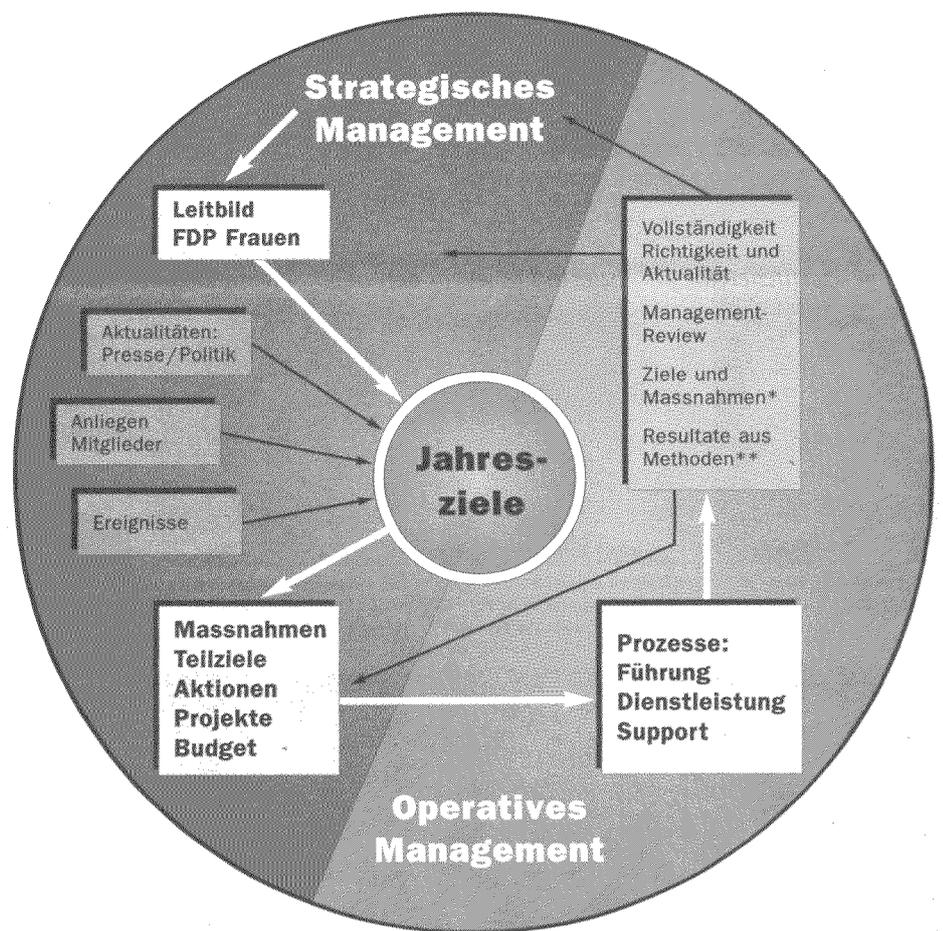
Halt. Hier muss ich entschieden widersprechen: Nonprofit-Organisationen – und die Parteien im Spezi-

ellen – haben andere Herausforderungen als Wirtschaftsunternehmen. In erster Linie sollen Sachziele erreicht werden, finanzielle Ziele stehen im Hintergrund und sind höchstens Mittel zum

Zweck. Die Parteien leben wie alle Vereine vom Einsatz der Freiwilligen, der Initiative des Vorstandes. Eine kritische Eigenschätzung kommt oft zu kurz. Aber gerade als Partei sollte man sich mit Qua-

litäts- und Effizienzsteigerung auseinandersetzen. Das NPO-Label ist speziell auf Bedürfnisse von Verbänden und Nonprofit-Organisationen ausgerichtet und überprüft entsprechende Abläufe. Gefordert

Management-Kreislauf



* Ziele und Massnahmen:

- Mitgliedergewinnung
- Mitgliederorientiert: Förderung der Frauen in der Politik, etc.

** Resultate aus Methoden:

- Überwachung und Messung
- Internes Auditwesen
- Abweichungen (Vorfälle)
- Korrektur und Vorbeugemassnahmen

Anzeige

wird ein Management-System, angepasst auf deren Grösse, Organisation und Komplexität. Das Label bescheinigt der Organisation, dass sie Instrumente und Methoden entwickelt hat und anwendet, welche zur Steigerung der Effizienz und Qualität der Aufgabenerfüllung und Leistungserbringung führen. Gefordert wird ausserdem eine permanente Weiterentwicklung des Managementsystems, welches regelmässig durch externe Auditoren überprüft wird.

Man könnte versucht sein, das Label als blossen Werbegag abzutun. Deshalb eine ketzerische Frage: Sind es nicht die Bürgerinnen und Bürger, welche die politischen Parteien mit ihrer Stimme «zertifizieren» oder eben nicht? Was versprechen Sie sich davon?

Wer nur den medialen Coup sucht, dem ist das NPO-Label nicht zu empfehlen. Das Zertifizierungsverfahren erfolgt in einer intensiven Auseinandersetzung mit den eigenen Organisationsformen. Sehen Sie: Es besteht nach wie vor dringender Hand-

lungsbedarf beim praktischen Vollzug der in der Verfassung garantierten Gleichstellung: Nach wie vor werden Frauen faktisch von interessanten Funktionen ausgeschlossen, weil die Kinderbetreuung fast nicht zu organisieren ist. Nach wie vor verdienen sie weniger und nach wie vor sind ihre Aufstiegschancen schlechter. Uns geht es aber nicht nur um die berufstätigen Frauen: Der Wert der Haus- und Erziehungsarbeit wird immer augenfälliger, je mehr Frauen diese verweigern. Eine gesellschaftliche Anerkennung dieser unzähligen, volkswirtschaftlich kaum erfassten Arbeitsstunden ist überfällig. Diese politischen Ziele sind nur zu erreichen, wenn mehr bürgerlich gesinnte und qualifizierte Frauen in den politischen Entscheidungsprozess eingreifen. Durch eine gute Organisation wollen wir diese anziehen.

Was bringt Qualitätssicherung in der Politik im Allgemeinen und den FDP-Frauen im Besonderen?

Für uns bedeutet das, dass wir unsere beschränkten Ressourcen,

wie sie nun mal im Milizsystem Realität sind, optimal einsetzen und mit möglichst effizientem Input einen möglichst effektiven Output erzielen. Das NPO-Label zwingt uns zur Disziplinierung, zur strategischen Planung und zur lückenlosen Erstellung von Pflichtenheften und Arbeitsabläufen. Diese Arbeitsmittel sind interne Schulung für die Vorstandsmitglieder und Effizienzsteigerung in einem. Auch im Falle von personellen Veränderungen sollen die FDP-Frauen auf konstant hohem Niveau weiterarbeiten können. Uns geht es dabei sowohl um Inhalte (moderne bürgerliche Politik), wie auch um die konkrete Förderung von Frauen (Personalplanung) innerhalb der Partei zur nachhaltigen Erhöhung des Frauenanteils in allen Gremien und Lebensbereichen.

Die FDP-Frauen Stadt Zürich haben sich für das NPO-Label qualifiziert. Welches sind die mittel- und längerfristigen Ziele der FDP-Frauen?

Wir wollen mittel- und langfristige den politischen Wirkungsgrad unserer Arbeit spürbar verbessern. Gleichzeitig möchten wir damit einen wichtigen Beitrag für die neue Positionierung der FDP als die Partei der modernen Bürgerlichkeit leisten. Die FDP soll (wieder) eine erfolgreiche Partei werden. Die Frauen – und zwar nicht nur der Stadt Zürich – sind bereit!

Weshalb geht speziell den Mittelstand eine Pflegeversicherung etwas an?

Sehr geehrte Politikerinnen und Politiker, sehr geehrte Damen und Herren

Die Finanzierung der Alterspflege wird zum Politikum. Die Bundesämter für Sozialversicherung und Gesundheit haben zwei Vorschläge in die Vernehmlassung geschickt, die eine Neuordnung zum Inhalt haben. Beide Modelle werden die Krankenkassen entlasten, da sie nur noch beschränkt für Pflegekosten im Alter aufkommen müssen. Die fehlenden Kassenbeiträge werden sich besonders zu Ungunsten des Mittelstandes auswirken. Nur Patienten mit sehr niedrigem Einkommen und Vermögen können einen finanziellen Ausgleich der AHV und der Ergänzungsleistungen beanspruchen.

Die bereits heute geltende Regelung führt dazu, dass betagte und pflegebedürftige Personen ihr Ersparnis für Pflegeleistungen einsetzen müssen und erst nachdem dieses aufgebraucht ist, der Staat mit Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe einspringt. In den meisten Fällen stellen die Betroffenen (als Spitexpatient oder im Altersheim) fest, dass die medizinisch-pflegerische Behandlung, das heisst der Krankenkassenbeitrag im Verhältnis zu den gesamten Betreuungskosten relativ gering ist. Spätestens mit dem Eintritt ins Alters- und Pflegeheim haben diese selbst zu tragenden Kosten monatlich Fr. 5'000.- und mehr erreicht.

Eine neue, obligatorische Pflegeversicherung könnte diese Situation entschärfen, indem sie schweizweit einheitliche und realisierbare Grundvoraussetzungen schafft sowie den Ausbau der Spitexleistungen ermöglicht. Damit sich in Zukunft die Altersvorsorge transparent und unverzerrt darstellt, müssten die bisherigen Subventionen von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie die angekündigten Beiträge der Ergänzungsleistungen und der AHV in und über eine obligatorische Pflegeversicherung fliessen, die von der Privatsekuranz angeboten werden könnte. Wer eine noch bessere (luxuriösere) Abdeckung wünscht, könnte dies mit einer Zusatzversicherung sicherstellen.

Als schweizweiter, privater Spitexanbieter kennen wir die Unsicherheiten und Bedürfnisse von Betagten und wissen, wie real die Ängste von Vermögensverlust sind. Wir möchten Ihre Meinung zu diesem Thema kennen und wissen, ob Sie andere Ideen haben, wie Betagte künftig ein sicheres und würdevolles Dasein bis zum Lebensende führen können.

Schreiben Sie uns, wir behandeln Ihre Zuschrift selbstverständlich vertraulich:

E-Mail: baud@homecare.ch
 Fax: 031 326 61 60
 Post: Hausbetreuungsdienst
 für Stadt und Land AG
 Postfach 379
 3000 Bern 7


HAUSBETREUUNGSDIENST
 für Stadt und Land



Das NPO-Label: Worum geht es?

Das Label basiert auf dem Freiburger Management-Modell für Nonprofit-Organisationen (NPO). Die Laufzeit des Labels beträgt 3 Jahre. Folgende Elemente werden überprüft:

- Management-Grundsätze sowie die Rechtsgrundlagen
- Führung und Steuerung, Planung und Innovation
- Marketing
- Ressourcen (finanzielle, aber auch personelle)
- Controlling

Termine

«Wir wollen immer besser werden...»

... deshalb bilden wir uns ständig weiter...»

Diese Aussage ist unserer neuen Broschüre entnommen. Dieses Versprechen nehmen wir ernst und setzen es um! Deshalb laden wir alle interessierten Jungfreisinnigen zu einer Rhetorik-Weiterbildung ein.

Einladung zu einem Rhetorikseminar

In der Politik müssen wir in der Lage sein, Informationen glaubwürdig und kompetent zu vermitteln. Neben fundiertem Fachwissen über die zu vermittelnde Thematik ist rhetorisches Geschick unabdingbar. Rhetorik sei

«Das Gewinnen des menschlichen Geistes durch das Wort», sagte schon Platon. Dies gelingt nur, wenn die dafür grundlegenden Prinzipien, Regeln und Methoden sachgerecht angewendet werden.

Der Nachteil dabei, man muss es erlernen, der Vorteil: man kann es erlernen.

Ziel soll die Erlangung der Fähigkeit sein, andere Menschen für die eigenen Ideen und Standpunkte zu gewinnen und zu begeistern und durch ein anschauliches, freies Sprechen ein Höchstmass an Glaubwürdigkeit

und Überzeugungskraft zu gewinnen. Das Seminar soll die Grundlagen dazu vermitteln und Hemmungen abbauen, selbstsicher vor einem Publikum zu sprechen.

An diesem Seminar wird den Jungfreisinnigen die Möglichkeit geboten, ihre rhetorischen Fähigkeiten zu erkennen und zu trainieren. Neben Theorieeinheiten steht das Debattieren im Mittelpunkt des Seminars: Die Teilnehmer verteidigen nach kurzer Vorbereitungszeit in freien Reden entweder das Pro oder das Kontra einer kontroversen These.

Anmeldetalon jfs-Rhetoriktraining vom 26. bis 28. November 2004

Hiermit melde ich mich definitiv zum Rhetoriktraining der jfs vom 26. bis 28. November 2004 an.

Name/Vorname: _____ Alter: _____ Funktion bei den jf: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Mail: _____ Telefon P: _____

Telefon G: _____ Mobile: _____

Erfahrung(en) mit Rhetorikkursen / Podien / Medienauftritten (bitte kurzer Beschrieb): _____

Anreise: Ich reise folgendermassen an, um am Kurs teilzunehmen (bitte ankreuzen):

Freitag, 26. 11., Abend (18.30 Uhr) Samstag, 27. 11., Vormittag (9.30 Uhr)

mit dem öffentlichen Verkehr mit dem Auto

Verpflegung: Ich melde mich für folgende gemeinsame Essen an (bitte ankreuzen):

Freitag, 26. 11., Abendessen Samstag, 27. 11., Mittagessen

Samstag, 27. 11., Abendessen Sonntag, 28. 11., Mittagessen

Übernachtung: provisorische Umfrage (nach Anmeldeschluss werden mittels separatem Versand die definitiven Reservationen vorgenommen)

Nacht Freitag-Samstag Nacht Samstag-Sonntag

Jugendherberge **/**-Hotel **/**-Hotel private Unterkunft (selbst organisiert)
 Mehrbettzimmer Doppelzimmer Einzelzimmer

Anmeldefrist: 17. Oktober 2004 (die Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt)

Anmeldung an: Per Post an Armin Camenzind, Postfach 2, 6014 Littau LU, oder per Mail an: ausbildung@jungfreisinnige.ch

Dabei können Sie zuvor erworbene Theorieelemente zugleich in die Tat umsetzen, denn das Praktische Üben ist das A und O der Rhetorik.

Durch die praktische Anwendung in der Form einer Debatte lernt der Teilnehmer:

- einen Sachverhalt schnell zu durchdenken und sinnvoll zu gliedern,
- eine Rede in kurzer Zeit vorzubereiten,
- frei und überzeugend zu reden und
- den souveränen Umgang mit Störfeuern.

In theoretischen Einheiten werden:

- die Sprache, das Sprechen, die Gestik und Mimik untersucht,
- der Aufbau eines Arguments analysiert und
- die möglichen Strukturen der Rede erarbeitet.

Daten: Freitag, 26. November 2004, abends bis Sonntag, 28. November 2004 nachmittags

Tagungsort: Zürich

Kosten: Die Kurskosten betragen pro Teilnehmer/-in Fr. 30.– (die Kosten für Mahlzeiten, Getränke

und Übernachtungen gehen vollumfänglich zulasten der Teilnehmer/-innen)

Wichtig zu wissen:

- Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder der Jungfreisinnigen Partei.
- Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt. Die Plätze werden nach dem Eingang der Anmeldungen verteilt.

Fragen und Auskünfte:

Armin Camenzind, Leiter Ausbildung jfs, Postfach 2, 6014 Littau, Mobile: 076 330 47 81, Mail: armin.camenzind@jungfreisinnige.ch

Termine

Einladung zur AGI-Tagung

13./14. November 2004, Bern
Liberalisierung in der Landwirtschaft. Die aktuelle WTO-Debatte (Doha-Runde)

Die Arbeitsgruppe Internationales der Jungfreisinnigen Schweiz (AGI) lädt ein zu einer Auseinandersetzung und vertieften Diskussion zum Thema «Liberalisierung in der Landwirtschaft. Die aktuelle WTO-Debatte (Doha-Runde)». Erfahrene Experten aus Wissenschaft und Praxis werden verschiedene Aspekte zum Thema aufzeigen und die ganze Tagung begleiten. Zum Schluss des AGI-Weekends vom 13./14. November 2004 in Bern erfolgt die Verabschiedung einer Resolution als offizielle Stellungnahme der Jungfreisinnigen Schweiz.

Wann?/Wo?

Ort: Bern

Datum: 13./14. November 2004

Kosten: Fr. 20.– pro Teilnehmer inklusive Übernachtung in der Jugendherberge

Programm

Detailprogramme werden zusammen mit der Anmeldungsbestätigung und verschiedenen einleitenden Vorinformationen zur Thematik zu einem späteren Zeitpunkt verschickt.

Samstag, 13. November 2004

- | | |
|---------------|--|
| bis 12.00 Uhr | Eintreffen und Check-in der Teilnehmer in der Jugendherberge Bern |
| 12.00 | Apéro |
| 12.30 | Begrüssung durch Präsident und International Officer der JFS |
| 13.00 | Aussenwirtschaftspolitik:
Referat von Dr. Manfred Elsig, Lehrbeauftragter Universität Zürich und London School of Economics |
| 14.00 | Sichtweise der Befürworter der Liberalisierungen in der Landwirtschaft:
Referat von Peter Flückiger, Economiesuisse |

- | | |
|-------|--|
| 14.30 | Sichtweise der Gegnerschaft von Liberalisierungen in der Landwirtschaft
Referat von Jacques Bourgeois, Direktor des Bauernverbandes (SBV) |
| 15.00 | Pause |
| 15.30 | Workshops zu drei Themengebieten |
| 18.00 | gemeinsames Nachtessen |

Sonntag, 14. November 2004

- | | |
|---------|--|
| Ab 8.30 | Morgenessen und Auschecken, Jugendherberge Bern |
| 10.00 | Informationen zur Arbeitsgruppe Internationales |
| 10.15 | Freihandel und Entwicklung in der Dritten Welt:
Referat von Dr. Stephan Kux, Universität Zürich |
| 11.00 | Anträge zur Änderung der Resolution und Verabschiedung der Resolution |
| 12.30 | Schluss des Weekends |

Anmeldung

Anmeldungen per E-Mail bis zum 10. Oktober 2004 an Adrian Ineichen, International Officer der JFS, adrian.i@gmx.ch. Die Teilnehmerzahl ist auf 30 Personen beschränkt. Die Plätze werden nach dem Eingang der Anmeldungen verteilt. Bei der Anmeldung bitte folgende Angaben mitteilen:

Name: _____

Vorname: _____

Postadresse: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Übernachtung in der Jugendherberge: Ja / Nein

Termine

Einladung

zur a. o. Delegiertenversammlung

Samstag, 23. Oktober 2004
Martigny VS, Centre du Parc

Freitag, 22. Oktober 2004

- 11.00–13.00 Sekretärenkonferenz (Porte d'Octodure)
- 14.00–16.15 Geschäftsleitungssitzung (Porte d'Octodure)
- 16.30–18.30 Präsidentenkonferenz (Porte d'Octodure)
- 19.15 Apéritif (Hôtel de Ville Martigny)
- 20.00 Abfahrt mit Bus nach Charrat
- 20.15 Nachtessen (Gemeindesaal in Charrat)
- 23.30 Abfahrt mit Bus nach Martigny

Samstag, 23. Oktober 2004

- ab 9.00 Empfang für die Delegierten – Kaffee und Gipfeli
- Delegiertenversammlung**
- 10.15 Begrüssung durch Staatsrat Claude Roch
- Ansprache des Parteipräsidenten Schulraum Schweiz: Leistung fördern und fordern – Chancen verbessern
 - Podium
 - Verabschiedung Forderungen der FDP
- Ansprache Bundesrat Pascal Couchepin: Forschungsplatz Schweiz
- 12.30 Lunchpause
- Stammzellen-Forschungsgesetz
 - Podium
 - Pro: Nationalrat Felix Gutzwiller, FDP ZH
 - Contra: Nationalrat Maurice Chevrier, CVP VS
 - Diskussion
 - Parolenfassung
- Ca. 14.00 Schluss der Delegiertenversammlung Apéritif

GESUNDHEITSWESEN: AKTUELLER STAND DER HERBSTSESSION



ATÖNSCH

Karikatur Andreas Töns

RS - Rolf Schweiger - unser Präsident

sportlicher Anspruch von RS für die Politik	R. Schweigers Arbeitsplatz	altgriech. Siegesgöttin	Wesensart, bei RS als heiterer Charakter	Filmpreismännchen Haussteil um d.Ecke	RS will kein leeres dreschen	erreicht man nur übers Wasser	Landschaft in Nordostitalien	Papier für Bürger und Eingebürgerte	Richtung auf der Windrose
↳	↳		↳	↳	↳	↳	↳	↳	↳
				9		bloss oder kaum Italien od. italienisch	2	sticht den König eben auch freisinnig	
knappe Nebenkosten		wo sich Eisbären warm anziehen			15		Frauenname		6
grosses Blatt für Weltenbummler			7				Halbton über a Soldaten tomister	14	die Partei mit Zukunft
dort gibts (meist) ka Sünd	8	wo meist d. PC steht RS braucht ihn auch				immer wieder im Herbst zu rechnen			
↳		↳			grosses Hohlmass ganz klein		Blume für Frau Langenberger		
das gute Zimmer								füllen Zuger in ihre Torten	13
Art Politik zu machen							Karl unter Kumpen		es schwimmt im Zugersee
R. Schweigers Bürger und Wohnort		Artikel für Araber oft auch Bauplatz	12						
↳		↳					setzen vor allem am Bauch an		wird eifrig begackert (keine Parole!)
Titel für jeden Nationalrat		zu überprüfendes Versicherungswerk	Schweiger schätzt auch runde	RS-Kanton mit See kleine Nummer		für BR-Couche-pin ein Fels	R S	lässt die (Baum-)Hüllen fallen	10
tägliche Lektüre	1					gehört den zu Hobbies von RS			
RS haut in sne. Tasten	↳								
				4	Zürcher Hügel zerkrümelt Schollen		5		wo Helden singend sterben
so beginnt das Elend		Währung der alten EG		junger Inn die FDP statt out		Erteilchen für die Kripo		Stadt am Zuckerhut latein. Ding od. Sache	
Zahl für Geometer		↳		↳					
		R. Schweigers Diskussionsform			3	klobig bis hölzern	11		salvo errore, Intum vorbehalten
Evas Töchter	Ort eines umstrittenen Abkommens							bringt Eisen zur Rotglut	
↳						manchmal ist sogar eine Perle drin			

Verbringen Sie ein Wochenende im Wohnort von Bundesrat Pascal Couchepin. Rätsel lösen, mitmachen und gewinnen - so einfach!

1. Preis

1 Übernachtung mit Halbpension für 2 Personen in einem schönen 3***-Hotel in Martigny

2. Preis

1 FDP-Portefeuille

3. Preis

1 FDP-Mini-Schirm

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 18. Oktober 2004 eine Postkarte mit dem Lösungswort und Ihrer Adresse an:
 Generalsekretariat FDP
 z. H. Stefan Nobs
 Postfach 6136
 3001 Bern

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Redaktion bedankt sich beim Office du tourisme de Martigny für die freundliche Preis-spende.

1	2	3	4	5	-FDP-	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
---	---	---	---	---	--------------	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----

«Überzeugen für eine gute Sache»

Der St. Galler Nationalrat Walter Müller im Gespräch

Der St. Galler Nationalrat Walter Müller ist ein politischer Quereinsteiger. Der Landwirt aus Azmoos schätzt an der Schweiz ihre Kultur, die weit entwickelte Demokratie und die schöne Landschaft. Essen tut er am liebsten Einheimisches.

«Freisinn»: Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf begründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Walter Müller: Der Mensch ist sehr anpassungsfähig und hat in der Regel immer wieder den Ausweg aus Krisen erfolgreich gefunden. Die Bildung sollte mithelfen, dies frühzeitig zu tun.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die zunehmende Ausweitung von Fanatismus und

Fundamentalismus jeder Art. Das ist der Nährboden für einen menschenverachtenden Terror.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Entwicklung der Sprache und die Fähigkeit, miteinander zu kommunizieren, halte ich für die wichtigste und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen für die entbehrlichste Erfindung.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Menschen, unsere Kultur, die weit entwickelte Demokratie, und überdies dürfen wir in einer wunderbaren Landschaft leben, die uns dazu noch gute Produkte gibt.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Missgunst und der zunehmende Egoismus.

Warum sind Sie bei der FDP?

Der Kanton St. Gallen war ein «Kulturkampfkanon». Die reformierten Bauern waren traditionell bei der FDP und die katholischen Bauern bei der KK. Als 1918 die BGB gegründet wurde, blieben die Bauern bei ihren Parteien, und die BGB konnte sich nicht etablieren.

Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in), wem würden Sie diesen verleihen?

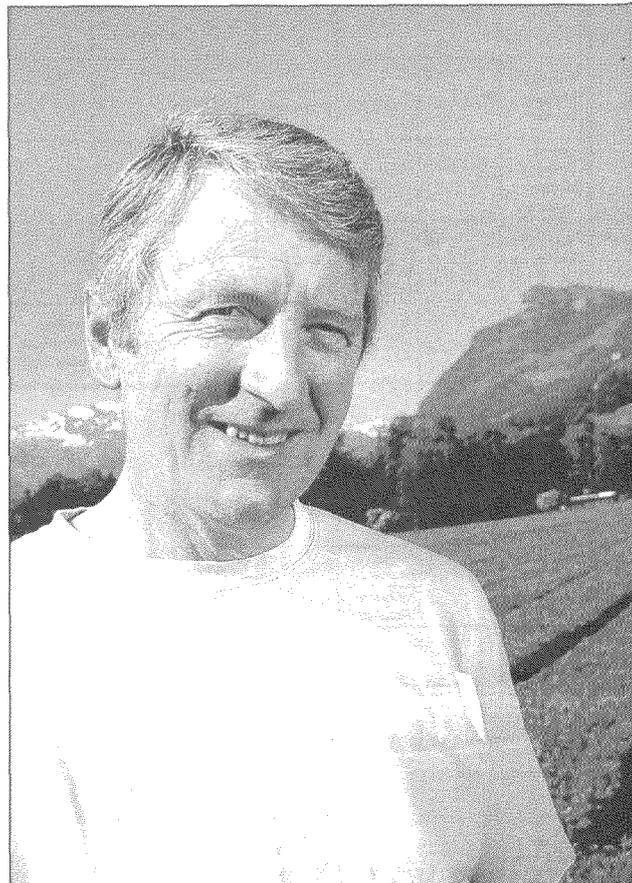
Politiker(innen) sollen im Interesse des Volkes gute Arbeit leisten, das ist ihre Pflicht. Einen Nobelpreis braucht es dafür nicht.

Wodurch kann Sie eine Politikerin oder ein Politiker überzeugen?

Sachlich korrekte Information und Glaubwürdigkeit.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Die Rollenverteilung der Frauen und Männer hat sich in unserer Gesellschaft stark gewandelt. Auffallend ist, dass in anderen Kulturen diese Entwicklung fast gegenteilig ist.



Walter Müller

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Nichts tun!

Was ist Ihre persönliche Schwäche?

Schwächen soll man kennen und damit umgehen können, sie aber öffentlich auszubreiten, wäre töricht.

Was ist Ihre persönliche Stärke?

Das sollten Sie eher meine Frau Fragen, das gilt übrigens auch für die Schwächen.

Welches Buch lesen Sie zurzeit?

«Die solidarische Gesellschaft» von John Kenneth Galbraith.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Auf meinem Gemüse- und Milchviehbetrieb bei den anfallenden Arbeiten mithelfen, soweit mir die Politik und Verbandsarbeit noch Zeit dafür lässt.

Das Gespräch mit Walter Müller führte Stefan Nobs vom GS der FDP Schweiz.

Kurzbiographie

Alter: 56

Beruflicher Werdegang:

Landwirtschaftliche Ausbildung und Handelsschule

Politischer Werdegang:

Quereinsteiger. War einmal der jüngste Ortsparteipräsident bei der FDP im Kanton SG

Liebste Tätigkeit:

Überzeugen für eine gute Sache

Lieblingessen: Ich liebe die Vielfalt und die Auswahl und bin nicht auf ein bestimmtes Menü fixiert. Wir haben eine wunderbare Vielfalt an einheimischen Gerichten.

Mit wem würden Sie dieses Essen am liebsten einnehmen?

Mit meiner Frau, der Familie.

Auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit

Kurt Fluri als Bindeglied zwischen VÖD und Bundeshausfraktion

Die «FDP-Vereinigung Öffentlicher Dienste» (VÖD) ist gemäss Zweckartikel ein «Zusammenschluss freisinniger Angestellter der öffentlichen Dienste zur Pflege des liberalen Gedankengutes, zur Förderung der Kontakte zwischen der FDP und den Angestellten der öffentlichen Dienste sowie zur Wahrung der gemeinsamen Interessen.»

Von Nationalrat Kurt Fluri,
Solothurn

Zentral in dieser Zweckbestimmung ist zweifellos die Pflege des liberalen Gedankengutes, weil dieses die Brücke zur FDP und ihren Politikerinnen und Politikern bildet. Daraus leitet sich auch die Selbstverständlichkeit ab, dass wir alle gemeinsam die wesentlich durch Freisinnige getragenen Gemeinwesen aller Stufen unseres Landes zum Wohle der Allgemeinheit gestalten wollen. Selbstverständlich weiss ich, dass dieses «Allgemeinwohl» in guten Treuen sehr unterschiedlich ausgelegt werden kann und auch ausgelegt wird. Leider aber hat sich zusätzlich, so mein Eindruck, in den letzten Jahren aufgrund der schwierigen Finanzsituation der öffentlichen Hand und der damit verbundenen notwendigen Sparanstrengungen, aber auch aufgrund einer in freisinnigen Kreisen weit verbreiteten ideologischen Distanzierung vom Gemein-

wesen und seinen Institutionen als Folge der Privatisierungs- und Liberalisierungsdiskussion eine Haltung des gegenseitigen Misstrauens zwischen Politik und Verwaltung etabliert.

Gemeinsam profitieren

Nachdem ich nach 9 Jahren selbständiger Tätigkeit nunmehr bereits im 11. Jahr als Stadtpräsident von Solothurn amte und damit auch verantwortlich bin für die städtische Verwaltung, bin ich aber überzeugt, dass zwischen freisinniger Politik und freisinnigen öffentlichen Angestellten nach wie vor viele gemeinsame Ansichten und Ziele bestehen. Sehr häufig fehlt es bloss an der Bereitschaft und leider noch mehr an der Zeit, aufeinander einzugehen. Gehen wir in Zukunft nicht bloss unvoreingenommen, sondern mit beidseitigem Willen zu liberalem Handeln und von dessen Sinn überzeugt in die politische Diskussion, so werden die milizmässig Politisierenden einerseits und die in der Verwaltung Tätigen andererseits wieder vermehrt voneinander profitieren können. Voraussetzung ist das Vertrauen darauf, dass wir alle eine gemeinsame liberale, freisinnige Überzeugung als Basis haben.

Gute Erfahrungen

Die Möglichkeit eigenverantwortlicher und selbständiger Arbeit ist auch im öffentlichen Dienstverhältnis eine wichtige Vor-

aussetzung motivierten Arbeitens. Der Kanton Solothurn machte diesbezüglich bis jetzt so gute Erfahrungen mit der ab 1996 schrittweise eingeführten Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV), dass diese nun ab nächstem Jahr auf sämtliche Amtsstellen ausgeweitet wird. Eine entsprechende Verfassungsänderung ist vom Volk mit einem Zwei-Drittel-Mehr gutgeheissen worden. Als Grundsatz werden bei den nach WOV-Grundsätzen geführten Ämtern die entsprechenden für eine dreijährige Periode gefassten Finanzbeschlüsse immer mit der dafür zu erbringenden Leistung verknüpft. Das Parlament wird zweitens durch die Globalisierung der Budgetierung auf eine höhere («strategische») Ebene der Verwaltungssteuerung verwiesen unter Delegation eines («operativen») Teils der Budgethoheit an die Exekutive. Trotz der Finanzprobleme des Kantons Solothurn steht hinter WOV nicht eine Sparstrategie, sondern eine Form der Staatsleitung, welche durch Output- statt Input-Steuerung zu effizienteren Ergebnissen und damit indirekt auch zu Einsparungen führen soll und auch führt. Nachweislich verbessert WOV nämlich die solothurnische Staatsrechnung jährlich um über 20 Mio. Franken. Auf eine typische Input-Steuerung wie zum Beispiel das Instrument der Personalplafonierung kann und muss unter



Kurt Fluri

diesen Grundsätzen verzichtet werden – wichtig ist nicht, ob die Dienststellen ihre Aufgaben mit mehr oder weniger Personal erzielen, sondern dass sie die Saldovorgabe nicht überschreiten. Anreize wie die Möglichkeit der Reservebildung und der «Gewinnmitnahme» gehören natürlich dazu.

Wenig verbreitet auf Bundesebene

Die Wirkungsorientierte Verwaltung ist beim Bund leider noch recht wenig verbreitet, obwohl eine Evaluation gemäss Bericht des Bundesrates vom 19. Dezember 2001 zum

Schluss kommt, dass sich bei den FLAG-Ämtern («Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudgets») positive Effekte erkennen liessen.

Wenn ich mich als Bindeglied zwischen der «FDP-Vereinigung Öffentlicher Dienste» und der Bundeshausfraktion zur Verfügung stelle, so tue ich das in der Absicht, zum Beispiel dieses erwähnte konkrete Beispiel verstärkt anzugehen, aber auch mit dem Ziel, generell die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und den freisinnigen öffentlichen Angestellten wieder vermehrt zu pflegen. ■

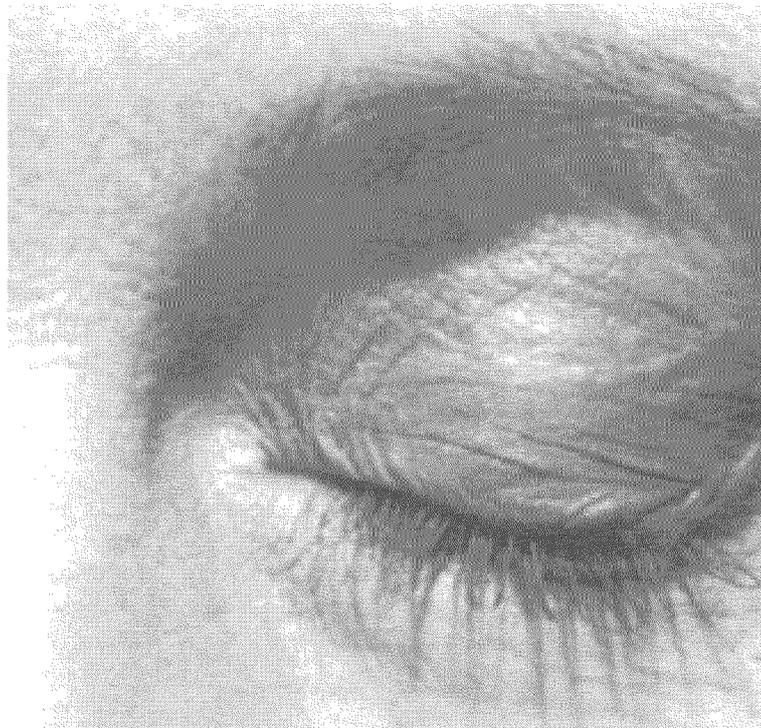
Folgende FDP-Parlamentarier sagen Ja zum Stamm- zellenforschungsgesetz

Abate Fabio
Bezzola Duri
Briner Peter
Brunschwig Graf Martine
Bührer Gerold
Burkhalter Didier
Christen Yves
Dupraz John
Egerszegi-Obrist Christine
Eggly Jacques-Simon
Engelberger Eduard
Favre Charles
Forster Erika
Fluri Kurt
Germanier Jean-René
Glasson Jean-Paul
Guisan Yves
Gutzwiller Felix
Gysin Hans Rudolf
Heberlein Trix
Hegetschweiler Rolf
Hess Hans
Ineichen Otto
Kleiner Marianne
Langenberger Christiane
Leumann-Würsch Helen
Markwalder Bär Christa
Müller Walter
Noser Ruedi
Pelli Fulvio
Pfisterer Thomas
Randegger Johannes
Sadis Laura
Saudan Françoise
Schiesser Fritz
Schneider Johann N.
Schweiger Rolf
Steiner Rudolf
Theiler Georges
Triponez Pierre
Vaudroz René
Weigelt Peter

Bereits heute werden Stammzellen in der Medizin erfolgreich eingesetzt. Doch ist erst ein Anfang gemacht. Es besteht die Hoffnung, dass eines Tages Querschnittslähmungen behoben, durch einen Herzinfarkt geschädigte Herzen repariert und Krankheiten wie Parkinson und Diabetes wirksamer behandelt oder geheilt werden können.

Mit einem Ja zur Stammzellenforschung geben Sie kranken Menschen neue Hoffnung.

Mehr Informationen: www.stammzellenforschung-ja.ch



Multiple Sklerose ist heute
nicht heilbar.



Doch es besteht Hoffnung.
Dank Stammzellenforschung.

Am 28. November

Ja: zum Stammzellen-
forschungsgesetz
zum medizinischen
Fortschritt